

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viereckige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 105.

Sonntag, den 6. Mai 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Schillers Einfluß auf die Agitation der Sozialdemokraten.

Das Jahr 1859 hatte mit Schillers hundertjährigem Geburtstag eine in Deutschland seltene Feier gebracht. Wenn es auch in erster Linie galt, den gewaltigen Dichter zu feiern, so hatte die Feier doch einen politischen Beigeschmack. Die Feier war ein Protest gegen die Kleinstaaterei. In der Verehrung Schillers waren alle Deutschen einig. Die Schillerfeier hatte den Dichter auch dem Volke näher gebracht. In Großstädten, wie z. B. in Hamburg, hatte man große Umzüge veranstaltet; alle Handwerke waren mit Fahnen und Emblemen ausgezogen; keine Krankenkasse und kein Gefangenenverein war zurückgeblieben. Schiller war der Dichter des Volkes.

Seine Werke aber waren in Arbeiterkreisen weniger bekannt. Zwar hatten die meisten Arbeiterkinder in der Schule einige Balladen — „Der Lärcher“, „Die Bürgschaft“, „Der Kampf mit dem Drachen“ usw. — gelesen, manche auch später im Theater einige Stücke von Schiller gesehen, aber die sämtlichen Werke waren den Arbeitern unbekannt. Hier trat anfang der sechziger Jahre eine Aenderung ein. Einige billige Ausgaben von Schillers sämtlichen Werken erschienen und auch teilweise von Arbeitern gekauft worden. Sicht kam die Lassalle'sche Agitation, die einige bei der Schillerfeier gepflanzte Keime zum Wachsen brachte, und der bei dieser Feier gepredigte Idealismus bekam neue Nahrung.

Lassalle hatte in seiner Schrift „Die Feste, die Porzelle“ die liberalen Zeitungen verurteilt, in seinem „Julian Schmidt“ hatte er die liberalen Blattbeiten bekämpft. Die eifrigen Anhänger Lassalles folgten seinen Weisungen und verschmähten es, solche Schriften zu lesen, die Lassalle als minderwertig oder gar als Gift bezeichnet hatte.

Das Befehdärnis aber sollte befruchtigt werden, und nun griff man zu Schiller, denn ja auch Lassalle als einen der Besten bezeichnet hatte.

Durch Lassalle war Schiller auch den Arbeitern näher gebracht. Mit diesem Bewußtsein hatten viele Arbeiter das „Arbeiterprogramm“ wiederholt durchstudiert. Hierdurch hatte man sich daran gewöhnt, Geschichtsphilosophie zu treiben. Nun fanden die Arbeiter in Schillers kleinen Aufsätzen eine ganze Anzahl Schriften, die zum Nachdenken anregten. Von den kleinen Aufsätzen ging man dazu über, die größeren Geschichtswerke zu studieren. In verschiedenen Zigarrenfabriken wurden die Werke des großen Dichters vorgelesen und über die Sätze, die man nicht verstanden hatte, oft Stunden lang diskutiert.

Dieses Studium brachte es mit sich, daß nun auch die Dramen mit ganz anderen Augen angesehen wurde. Hatte früher das spannende Sujet das größte Interesse wachgerufen, so fand man jetzt eine große Anzahl für die Agitation brauchbare Stellen. Schiller wurde nun der Apostel der Unterdrückten, der Dichter des nach Freiheit strebenden Volkes. Man begriff nun, weshalb Lassalle im „Vasiat Schutze“ gesagt hatte, daß die herrschenden Schillers Werke verbrennen würden, wenn sie dieselben gelesen hätten.

Den Umschwung in der Denkweise der Arbeiter konnte man am besten erkennen, wenn man die Darstellung neben einander stellte, die vor Eindringen des Sozialismus und nachher ein Arbeiter von einem Schillerschen Drama gab. Hatte früher jemand einen Freund für „Die Räuber“, „Fiesco“, „Kabale und Liebe“ oder sonst ein Stück zu begeistern gesucht, dann schilberte er wohl recht anschaulich das Aufregende der Handlung. Ganz anders mochten es die zum Sozialismus bekehrten Arbeiter. Sie verkapten keinen Satz, der sich gegen die Unterdrückten wendet. Die Schufte Franz Moor, Spiegalberg, Wurm usw. waren ihnen jetzt weit gleichgiltigere Personen geworden. Jetzt hatte sich jeder eine Anzahl Sätze gemerkt, die er wörtlich wiedergab, um zu beweisen, daß auch Schiller schon dem großen Ideale zuehrte, für welches die Sozialdemokraten kämpften.

Durch das Studium von „Kabale und Liebe“ erkannte man jetzt, wie man in den Kreisen der Herrschenden über das Volk denkt. In der prächtigen Schilderung, die Mag Piccolomini von den Greueln des Krieges und den Segnungen des Friedens gibt, fand man Wissen zur Bekämpfung des Militarismus. Don Carlos lieferte Waffen zur Bekämpfung der Pfläzerei und für das Streben nach Gedankenfreiheit, und im „Tell“ erkannte man, daß der Dichter auch dem Volke das Recht gibt, sich vom Drucke zu befreien.

Der Idealismus wurde durch Schiller angeregt und gehoben. Diesen bedurften die ersten Sozialisten mehr als jetzt. Vorläufig war es nötig, die Massen zu begeistern für das große Werk. Die scharfe Kritik der bestehenden Zustände trat weniger hervor. „Morg“, „Kapital“ war noch nicht erschienen, der Kapitalismus war noch nicht soweit entwickelt und der Klassencharakter der Gesetzgebung war noch

nicht so ausgeprägt wie jetzt. Zwar fühlte man den politischen und wirtschaftlichen Druck und darum war die ganze Agitation mehr ein Appell an das Empfinden als an den Verstand. Wollte man die Massen begeistern, dann mußte man bei jenem gewaltigen Dichter lernen, der schon vor einem Jahrhundert die Massen begeistert hatte.

Man kann die Anfänge der sozialistischen Agitation als Schule des Idealismus bezeichnen. Die Massen, die sonst ein Dufeln wie Vespertiere gefühlt hatten, fingen an, sich für höhere Dinge zu interessieren. Was lag näher als die Tatsache, daß der größte Idealist nun auch den größten Eindruck auf die Massen machte. Er wirkte als Apostel des Idealismus. Darin liegt eben die Größe jener Dichter, daß sie noch modern erscheinen, wenn sie längst verstorben sind und im Laufe der Zeit ganz andere politische und soziale Verhältnisse entstanden sind, als sie in der Zeit waren, in denen der Dichter lebte. Schiller suchte den Idealismus zu pflegen und wohl nie ist der Idealismus besser empor gelobert, als in den Anfängen der sozialistischen Bewegung. Hier fand der Idealismus Vertreter in den breiten Schichten des Volkes. Es war ganz jungfräulicher Boden, auf den er angepflanzt wurde, und darum zeitigte er so schöne Früchte.

H. Wollenbuhr.
(Schiller - Festnummer).

Politische Handlungen.

Das arbeiterfreundliche Zentrum. Auf einem Mittwoch in Düsseldorf abgehaltenen Provinzial-Parteitag des Zentrums bezichnete Abg. Wagem die Berggesetznovelle nach der Fassung, die sie in der Kommission erhalten habe, als verartig ungenügend, daß das Zentrum entschlossen sei, die Regelung dieser Frage auf reichsgesetzlichem Wege zu verlangen. — Wir bezweifeln sehr stark, daß das Zentrum sich zu diesem Schritt aufraffen wird. Die Aeußerung Wagem's entspringt nach unserer Meinung lediglich einem Gebot der Notwendigkeit. Würde das Zentrum sich jetzt nicht den Wünschen der Grubenbarone — wenn auch zunächst nur mit dem Munde — willfährig zeigen, dann wäre es nicht ausgeschlossen gewesen, daß das Zentrum bei einem großen Teil der katholischen Bergleute ein für allemal ausgespielt hätte. Deshalb sagen sich jetzt die schwarzen Gejellen: In der Not frisst der Teufel Fliegen!

Die feindenden Grubenbarone. Seitens des Abg. Gamp ist im Dreiklassenparlament ein Antrag eingebracht worden, das Mutungsrecht (Recht der Verleihung des Bergwerkseigentums) auf 5 Jahre zu sperren. Am Mittwoch beschäftigte sich nun in Berlin eine Vertreterversammlung der deutschen bergbaulichen Berufe mit diesem Antrage und nahm, wie nicht anders zu erwarten, eine Gegen-Resolution an. Die Herren waren zwar so gütig, anzuerkennen, daß auf dem Gebiete des Mutungsrechts Mißstände bestehen; aber sie rebeten gar trübsinnig gegen den unerhöhten Eingriff in wohlverordnete Rechte und über die Schädigungen des Bergkapitals. Als Schreckgespenst schwebte ihnen die aus dem Antrag drohende Monopolisierung des gesamten Bergbaues in den Händen des Staates vor. Das ist für eingefleischte Profitmacher natürlich ein Greuel. Nachdem das Versehen der Erbschöpfung an Kapitalisten und Kapitalistenkonjunkten einmal „gesetzliches Recht“ geworden, pochen die gegenwärtigen und zukünftigen Besitzer auf ihr „wohlverordnetes“ Recht. Das heißt, die Unvernunft soll in alle Ewigkeit herrschen, um den Grubenkapitalisten die Ansammlung unerhöhter Reichthümer zu sichern.

Flottenenthusiasten und Brotwucherer sind einander in die Haare geraten. Der Flottenverein hat ein Flugblatt herausgegeben und, um Besehnten zu machen, darin auch angeführt, daß die deutsche Landwirtschaft trotz künstlichen Düngers lange nicht genug produziere, um die Bevölkerungsmasse zu ernähren; wir müßten im Gegentheil von außen her Weizen, Gerste, Fleisch usw. einführen, um leben zu können. — Einem fauchenden Rater gleich schütz Daxel auf seine Freunde vom Flottenverein und stellt schließlich am Ende einer wuffenraubenden Notiz fest, daß eine solche Flottenagitation direkt schädlich wirke und dem Bund der Landwirte das Arbeiten bei den Wahlen (soll heißen Stimmensang) erschwere. Nun wird, wie man sieht, die „gräßliche Flotte“, die den Agrariern schon einmal Kopfweh bereitet hat, ihnen auch noch in einer Weise unangenehm, die sie früher wohl nicht für möglich gehalten haben.

Verkommener Freisinn. In Baden-Baden fand sich die Freisinnigen in die Haare geraten, weil bei den Kommunalwahlen ein Teil mit den Nationalliberalen, der andere mit dem Zentrum teufelmachteln wollte. Die Vereinskennung ist von ihrem Posten zurückgetreten. Die letzte Ursache zu dem Bruch ist die „Gezehrlichkeit“ des Zentrums. Der ganze bürgerliche Klüngel war einig über die Verteilung der Stadtverordnetenmandate unter Ausschluß der Sozialdemokratie. Die Freisinnigen machten die Rakler.

Jedem war sein Teil zugesprochen, und es schien alles glatt zu gehen, bis auf einmal das Zentrum mehr verlangte, wodurch die ganze Einteilung aus dem Leim glug. Ein Teil der Freisinnigen hält's nun mit dem Zentrum, der andere geht mit den Nationalliberalen. Die Leute sind einander wert!

Reichstagsauflösung in Sicht? Die „Kölnische Volkszeitung“ prophezeit düstere Dinge. Nichts geringeres als eine Auflösung des Reichstages steht im Herbst uns bevor, wenn anders die blinde Scherin vom Rhein nicht allzu schlechte Augengläser aufgesetzt hat. Zwei Worte nennt sie uns inhaltsschwer: Flottenvorlage und Reichsfinanzreform, von denen das Unheil kommen soll. Das Blatt schreibt:

„Staatssekretär Admiral v. Tiph hat für den Herbst bereits eine neue Flottenvorlage angekündigt. Wie sie aussieht, konnte er noch nicht mitteilen; er wünscht „nur“ die sieben abgelehnten Auslandskreuzer und sieben Torpedobootdivisionen. Aber andre sehr einflussreiche und minder verantwortliche Leute wünschen mehr. Die Agitation des Flottenvereins liefert den letzteren Wasser auf die Mühle. Wie es bei Flottenvorlagen zugeht, hat man aus den Vor-Kommissionen des Sommers 1900 noch gut in Erinnerung zwei Staatssekretäre die Vorlage schmiedeten und sie einfach dem Reichskanzler zum Durchbringen anboten! Nach unsern Informationen erscheint es nicht ausgeschlossen, daß diesmal dem Reichskanzler Grafen Bülow auch so etwas zustoßen könnte, wie es im Jahre 1900 seinem Amtvorgänger geschah. Wir sagen damit nicht, daß Staatssekretäre dieses Spiel wiederholen würden; aber es gibt Leute, die an entscheidender Stelle mehr Einfluß besitzen als zwei Staatssekretäre zusammengenommen. Finden diese für ihre geradezu maßlosen Pläne auf Flottenvermehrung ein offenes Ohr, so ist der Rosst da, falls nicht die verantwortlichen Leiter des Reichs imstande sind, jene Pläne zu beseitigen.“

Das heißt denn doch, die Fähigkeiten des Herrn Bülow gar zu stark unterschätzen. Was hat er denn in den nunmehr fünf Jahren seiner Kanzlerthätigkeit gelernt, wenn nicht die ihm zugeschobenen Vorlagen unterzubringen? Wie einst im 18. Jahrhundert ein literarischer Wortführer des deutschen Bürgertums den sächsischen Duobezhpoten in Dresden anwimmerte: Befehl, o César! Niemals werden deine Befehle unseren Gehorsam ermüden! So lechzt auch Bülow's stolze Seele stets nach neuen Befehlen, nach neuen Festschreibungen zum „Durchbringen“. Und nun erst eine Flottenvorlage! Hier steht er völlig auf dem Boden jenes sächsischen Dichtergentils, hier werden auch noch so ausschweifende Befehle niemals den Gehorsam des deutschen Reichskanzlers ermüden.

Aus dieser Quelle fließen also keine Gründe für eine Reichstagsauflösung. Nicht viel besser steht es mit dem zweiten Punkt, der Reichsfinanzreform. Das Rheinische Blatt schreibt darüber:

„Weiter kommt als wichtiges Werk die Reichsfinanzreform, die bereits in der nächsten Woche dem Bundesrat zugehen wird. Ist hier eine Verständigung möglich? Wir geben nicht jetzt schon die Hoffnung auf; aber wir wissen, daß sehr ernste Absichten auf Erhöhung der indirekten Steuern bestehen. Die „Kreuz“ Bg.“ hat ihre guten Gründe wenn sie heute für eine recht gepfefferte Biersteuer eintritt; sie will nicht nur der Abbrodlung der Biersteuer entgegenstreiten, sie wünscht auch noch eine Steuer auf das in den Konjunktur übergehende Getraide. Die Tabakfabriksteuer wird in den Kreisen des Bundesrats ernstlich erwogen! Und doch steht schon fest, daß hierfür die Mehrheit des Reichstages nicht zu haben ist. Ja, wenn eine progressive Reichs-umsatzsteuer für alle Großbetriebe mit einem Jahresumsatz von 300 000 Mark aufwärts! Aber gerade an letztere, auch sozial gut wirkende Steuer will man nicht heran! Und doch würde sie so viel Geld abwerfen!“

Daß die Mehrheit des Reichstages nicht für indirekte Steuern zu haben sei, ist eine blühblanke Entfindung der „Kölnischen Volkszeitung“. Im Gegenteil, sie ist dafür so sehr zu haben, und das Zentrum ganz besonders, daß keine andere Steuerart so sehr der Annahme im Reichstage sicher ist, wie die indirekte. So bleibt von der „Schwarzschlerin“ des schwarzen Zentrumsblattes nichts weiter übrig, als der Verdacht, daß es zwar nicht im Reiche, wohl aber im Zentrum kriselt. Im übrigen weiß man an der Spree wie am Rhein nur zu gut, daß jede Reichstagsauflösung in der Hauptsache der Sozialdemokratie zugute kommt.

Sicht freisinnig! In einer Landtagswähler-Versammlung in Königsberg führte der freisinnige Volksparteiler Gylling, Mitglied des Dreiklassenparlaments, in bezug auf die Berggesetznovelle u. a. aus: „Am 10. Mai werden die Verhandlungen (im Landtage) von neuem aufgenommen, und es sei noch gar nicht abzusehen, wann sie zu Ende sein würden, da niemand das Schicksal der Berggesetznovelle kenne, die man doch nicht mutwillig einfach dem Reichstag zuschieben könne.“ Diese Ausföhrung kennzeichnet so recht die Arbeiterfeindlichkeit der freisinnigen Volksparteiler. Sie, die bei Wahlen dem arbeitenden Volke immer

vorschwandeln, daß ihnen das Wohl und Wehe gerade der Arbeiterchaft sehr am Herzen liege, wollen die Regelung des Bergarbeiter-schutzes dem Dreiklassenparlament überlassen, das zweifellos nach dem Muster der berühmten, von ihm eingesetzten Kommission „arbeiten“ wird. Es bekräftigt sich fürwahr immer mehr, daß aus der freisinnigen Volkspartei eine freisinnige Volksverräterpartei geworden ist.

Nicht weniger als 100 000 Mark hat der Bergbauische Verein zur Bekämpfung des Bergarbeiterstreiks und der Bergarbeiter-schutznovelle aufgewendet. Jetzt soll das in Essen gegründete Pressebureau zu einer dauernden Einrichtung ausgebaut und mit einem jährlichen Etat von 60 000 Mark ausgestattet werden. Das Bureau untersteht einem Bergassessor. Es machte zunächst, wie man schreibt, einige Schwärzgelehrten, einen Redakteur zu finden, der geneigt war, sich dem Diktat eines Bergassessors unterzuordnen; doch sind jetzt Verhandlungen mit einer „geeigneten Kraft“ in Düsseldorf im Gange und einem beide Teile befriedigenden Abschlusse nahe. — Hierzu bemerkt das „Verl. Tagebl.“, also ein gewiß nicht sehr unternehmerfeindliches Organ: Die Bergherren dürften sich irren, wenn sie glauben, daß sie durch ihr Pressebureau die öffentliche Meinung beeinflussen können. Was der Bergbauische Verein und die mit ihm verbündeten industriellen Verbände beim Bergarbeiterstreik in einseitiger Darstellung geleistet haben, war eher geeignet, die Sympathien für die streikenden Arbeiter zu steigern. Wenn sie weiter an dem starren Arbeitgeberabsolutismus festhalten, dann werden auch die jetzt ausgegebenen 60 000 M. zum Fenster hinausgeworfen sein.

Die Kreiswahlen. Aus Mainz wird vom 3. d. Mts. berichtet: Vor der Strafkammer sollte sich heute der Redakteur der sozialdemokratischen „Mainzer Volkszeitung“ Landtagsabgeordneter Adlung wegen Verhöhnung der Kreiswahlen verantworten. Dem einstigen hessischen Jägerbataillon wurde bekanntlich in einem Brief des Generals von Kreiswahlen vorgeworfen, es habe in Sens während des Krieges 1870–71 geplündert. Der Angeklagte hat um Vertagung, da er beweisen wolle, daß nur eine Vermischung in Bezug auf die Truppenteile vorliege. Die Tatsache sei wahr, daß durch deutsche Truppen in Sens geplündert worden sei, nicht nur durch hessische, sondern auch durch andere Kontingente. Das Gericht vertagte die Sache auf unbestimmte Zeit.

Die Jagd auf den Simplicissimus nimmt lustig ihren Fortgang. Nachdem ihn der Königsberger Polizeipräsident nicht hat zur Strecke bringen können und er den sächsischen Justizrat mit Puffa durch die Lippen gegangen ist, will der preussische Oberkammerherr sich des edlen Wildwirts befleißigen. Die beiden Referenten des evangelischen Sittlichkeitskongresses zu Köln sind unter die Jäger gegangen und hoffen, den Lohd mit dem Beleidigungsparagrapfen fangen zu können. Die geistlichen Herren dürften nach Rache. Am Donnerstag sollten Dr. Ludwig Thoma, der Verfasser des inkriminierten Gedichtes, und der verantwortliche Redakteur Julius Linnefogel das Armfängerbühnen der Strafkammer II. in Stuttgart zieren. Die Erkrankung Linnefogels machte die Vertagung des Prozesses auf unbestimmte Zeit notwendig. Hoffentlich vergehen bis dahin die geistlichen Jäger nicht an ihrem grimmen Nachdurst.

Preussische Religionsfreiheit. In dem Staate Friedrichs des Großen, in dem einer alten Legende zufolge jeder nach seiner Façon selig werden darf, passieren auf dem Gebiete der Religionserhaltung fortgesetzte sonderbarste Dinge. Man denke nur an den Zwangskonfessionsunterricht der Disziplinantenkinder, der im Abgeordnetenhaus wiederholt als ein schwerer Verstoß gegen die preussische Verfassung bezeichnet worden ist. Jetzt äußert über das Kapitel: „Religionsfreiheit und Eisenbahndienst“ die im Eisenbahnministerium beschäftigte, unter dem besonderen Schutze der Eisenbahnverwaltung stehende Zeitschrift „Die Eisenbahn“ höchst merkwürdige Ansichten. In Beantwortung einer an die Redaktion gerichteten Anfrage heißt es daselbst: „Daß ein Eisenbahnen aus der Landeskirche ausscheidet und einer freireligiösen Gemeinde beiträgt, ist zwar an sich zulässig. Wir glauben aber, daß die Behörde ein solches Verhalten als unter § 2 des Disziplinargesetzes fallend ansehen und den Beamten fürderhin nicht mehr des Ansehens oder Vertrauens, das sein Beruf erfordert, für würdig erachten wird. (!) Sie wird demgemäß wohl die Kündigung aussprechen oder das Disziplinverfahren einleiten, zumal der Beamte durch eine solche Handlungsweise der Behörde launisch, daß er in religiöser Hinsicht auf einem wesentlichen anderen Standpunkte steht, als die Behörde bei seiner Annahme als Beamter angenommen hat, daß er also den Voraussetzungen nicht entspricht, unter denen er angenommen worden ist. Im übrigen würde ein konfessionsloser Hilfsbeamter zweifellos nicht Beamter werden.“ — Und dieser Schlag ins Gesicht der freireligiösen Gemeinden, denen viele ehrenhafte Männer und Frauen, viele tüchtige und pflichttreue Staatsbürger angehören, darf von einem Blatte ausgehen, das unter behördlicher Schutze herrscht? Ist die sachmännliche Tätigkeit, ist die treue Pflichterfüllung nicht mehr allein entscheidend für die Qualifikation eines Beamten? Warum ändert man alsdann nicht in Preußen offen und ehrlich die Verfassung, um wenigstens volle Klarheit zu schaffen über die Vorbedingungen, unter denen in Preußen jemand in staatlichen Diensten tätig sein darf? Warum sagt man nicht klipp und klar: Die Befähigung zur Uebernahme einer Beamtenstellung oder zur Erlangung eines Offizierspatents ist abhängig von dem Bestehen einer religiösen Prüfung. Es wird immer toller im Preußenstaate!

Kleine politische Nachrichten. Die Nordd. Allgem. Ztg. demotiviert die Meldung, daß die Reichserschassungssteuer demnächst den Bundesrat beschäftigen werde; die Reichsfinanzreform sei vielmehr bisher nur in ihren Grundzügen erörtert worden. — Auf Anordnung des Staatsanwaltschaft wurde in Berlin die vor acht Tagen im Verlag Johannes Holmann (Senna Hof) erschienene Broschüre: Leo Tolstoi, An die Soldaten und jungen Leute beschlagnahmt. Sonntagmorgen erschienen drei Kriminalbeamte und ein Kriminalkommissar der politischen Polizei in H's gelegenen Wohnung und beschlagnahmten dort von der in 10 000 Exemplaren erschienenen Auflage die noch vorhandenen circa 2000 Stück. Die Broschüre, die z. B. den weltbekannten Soldatenruf des großen Russen ent-

hielt, ist antimilitärischer Tendenz. Rußland in Deutschland voran! — Für die Reichstags-Exekution in Kaufbeuren ist von den Liberalen Oberlehrer Sailer aus Augsburg als Kandidat aufgestellt worden. — Der österreichische Eisenbahnminister v. Wittel ist zurückgetreten. Anlaß hierzu gaben Budgetüberschreitungen. — Der Gemeinderat von Limoges hob seine letzte Sitzung zum Zeichen der Trauer wegen der jüngsten blutigen Ereignisse auf und nahm einen Kredit von 2000 Fr. an zur Entschädigung der Interblichenen der militärischen Schießerei vom 17. April.

Rußland.
Die Tätigkeit der Sozialdemokratie. Ueber die agitatorische Tätigkeit der polnischen Sozialdemokratie vor dem 1. Mai wird dem „Vorwärts“ aus Warschau geschrieben: Natürlich spielte die Malagitation in diesem Jahre eine ganz andere Rolle, wie in allen vorhergehenden. Die Agitationsliteratur war diesmal ganz außerordentlich reichlich. Von der Sozialdemokratie wurden folgende Schriften massenhaft verbreitet: 1. Eine populäre Malbroschüre. 2. Ein acht Druckseiten großes Malflugblatt, das den besonderen Zusammenhang der Malfeier mit der Revolution im Barenreiche auseinandersetzt. 3. Eine in den Geheimdruckereien der Partei im Lanke selbst in roten Lettern auf weißem Papier in circa 75 000 Exemplaren hergestellte Malproklamation, die sich diezumal zum ersten Male auch an das ländliche Proletariat wendet. 4. Einen Aufruf zur Malfeier an die studierende Jugend. 5. Ein Flugblatt mit der Aufschrift „Unter dem Negativ des Straages und der Bleitiegel“, worin zu dem jüngst begonnenen Schredensregiment der Barenschergergen Stellung genommen wurde. 6. Die April-Nummer des Partei-Organs „Die rote Fahne“ mit einem Mal-Artikel Karl Kaustöly's an leitender Stelle. Außer diesen polnischen Schriften wurden in deutscher Sprache unter den in Lodz, Giez, Stahstol u. a. zu zehntausenden lebenden deutschen Arbeitern verbreitet: 7. ein Malflugblatt und 8. ein offener Brief August Bebel's an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in Rußisch-Polen und Litauen. Aus diesem interessanten Dokument seien nur einige Stellen wiedergegeben. Nachdem Bebel die Ziele der Sozialdemokratie und die Lage des ausgebeuteten und geachteten Proletariats geschildert hat, legt er den deutschen Arbeitern klar, daß sie trotz aller Unterjochung der Nationalität, der Sprache, der Religion mit dem übrigen Proletariat des Landes und des ganzen russischen Reiches einig und gemeinsam um dieselben Ziele kämpfen müssen. Nach einer eingehenden Darlegung auch des politischen Programms der Sozialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens, das auf die Eroberung der politischen Freiheit gemeinsam mit dem gesamten russischen Proletariat ausgeht, schließt Bebel: „Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Dieses sind in Kürze die nächsten Forderungen, für deren Verwirklichung in Staat, Land und Gemeinde die Sozialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens kämpft. Dieser müßt Ihr Euch annehmen und sie unterstützen. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Hört nicht, tretet ein in die Reihen derer, die gegen die Nationalität, die Sprache und die Kultur polnischer und russischer Nationalität nur durch einiges und geschlossenes Handeln mit ihnen könnt Ihr die Verbesserung eurer Lage, könnt Ihr eine menschenwürdige Existenz Euch erkämpfen. Vereint seid Ihr eine unüberwindliche Macht, der kein Gegner widerstehen kann. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Schließt die Reihen! Im Namen der internationalen Sozialdemokratie vereinigt Euch und marschieret vorwärts!“ Der Brief Bebel's rief in Lodz, wie man uns mitteilt, eine unbeschreibliche Begeisterung hervor, die deutschen Arbeiter rufen einander die Blätter förmlich aus der Hand. Die Malagitationsliteratur ist diesmal in einem bisher nicht dagewesenen Umfange verbreitet und bis in die kleinsten Provinzwecker getragen worden; nämlich in Warschau, Lodz, Gienkochau, Dombrowa, Katalandrien, Lublin, Stahstol, Sieblec, Ibrardow, Wloclawek, Piotrkow, Pruszkow, Gora, Kallwarja, Kaczynol, Alexandrowo, Dobrzeln, Szozorna, Pica, Astrolenta, Grojec u. a.

Dem Warschauer Blutergießen hat die russische Soldateska eine neue Bluttat in Lodz folgen lassen. Während der Warschauer Angriff der Soldaten gegen die wehrlose Menge den bei den Anhängern des Partisanen üblichen Protest gegen die Feier des 1. Mai zum Zwecke hatte, die mit der Feier des zweiten russischen Ostertages zusammenfiel, ereignete sich die Lodzger Affäre am dem Tage der polnischen Nationalfeier. Aus Lodz wird gemeldet: Als eine Volkmenge vor der Kreuzkirche patriotische Lieder anstimmte, gab eine Kosakenpatrouille eine Salve auf das Volk ab, durch die sieben Personen tödlich verwundet wurden. In der Kirche entstand eine fürchterliche Panik, da mehrere Kugeln durch die offenen Türen den Altar trafen. Als die Menge zerstreut war und ein Polizeideckel des Weges kam, ergriffen ihn die Arbeiter und schlugen ihn halbtot. Nach den neuesten Nachrichten sind 3 der Opfer bereits ihren Verletzungen erlegen.

In Kallisch gab das Begräbnis eines Opfers der Opfer Bajamensföche den Anlaß zu einer umfangreichen national-polnischen Demonstration. Sämtliche Fabriken, Werkstätten und Läden blieben geschlossen. Die Polizei hielt sich passiv.

Zur Malfeier in Petersburg ist dort ein Aufruf des Zentralkomitees der sozialistischen Partei verbreitet worden, in dem die Arbeiter aufgefordert werden, den 1. (14. Mai) zu feiern, wenn möglich durch einen Umzug. Im Falle des Einschreitens der Polizei soll bewaffneter Widerstand geleistet werden. Die intelligente Bevölkerung wird aufgefordert, die Arbeiter auch durch die Tat zu fördern und sich ihnen anzuschließen.

In Warschau wurde eine Bombe geworfen, die jedoch ihr Ziel, einen Polizeimeistergehilfen zu verletzen. — Die Ausstands-bewegung in Warschau greift um sich. Der Verkehr stockt. — In Moskau soll heute ein privater Semstwo-Kongreß eröffnet werden.

Ueber die Befreiung eines Revolutionärs aus den Händen der Barenschergergen wird berichtet: Mittwoch wurde in Libau einer von den Leitern des revolutionären Komitees, als er regierungsfeindliche Proklamationen unter den Hafenerbäckern verteilte, verhaftet. Der Agitator wurde in einen offenen Wagen geföhrt und sollte unter Bewachung

eines Gendarmerte Offiziers und eines Schutzmannes nach dem Gefängnis für politische Verbrecher gebracht werden. Als der Wagen mit dem Arrestanten eine entlegene Gasse passierte, erlösten plötzlich einige Schüsse. . . . Mehrere junge Leute feuerten aus Revolvern auf den Schutzmänn und den Gendarmerteoffizier. Der Arrestant sprang aus dem Wagen und flüchtete mit seinen Kameraden in Richtung des Hofens. Der Gendarmerteoffizier, der schwer verwundet war, wurde nach dem Hospital gebracht, wo er bald unter großen Qualen verstarb. Auch der Schutzmänn ist erheblich verwundet.

Ueber die bereits erwähnten Vorgänge in Gienkochau wird dem „Vorwärts“ noch folgendes berichtet: Die Gärung unter den Arbeitern in und bei Gienkochau, die seit Wochen dauert, erhält neue Nahrung dadurch, daß die Fabrikanten ihre Zugeständnisse zurückzunehmen suchten, während die Arbeiter bei ihren Forderungen beharren. Einige Tage vor dem 1. Mai brach infolge dessen der Streik in einer Weibereit und in einem Malwerke aus. Schon zwei Tage vor der Malfeier hielten die Arbeiter auf dem höchsten Schornstein des Hüttenwerkes Handtuch eine Flagge mit der Aufschrift: Hoch die Revolution! Hoch die sozialistische Versammlung! Hoch der Achtundentag! Die sozialdemokratische Partei Rußisch-Polens und Litauens. Es fanden auch Massenversammlungen statt, in denen sozialdemokratische Redner auftraten, worauf die Arbeiter durch die Straßen zogen. In der Nacht vom 28. auf den 29. April, wie bereits erwähnt, drangen die Polizei und Gendarmen in die Arbeiterkaserne des Werkes Malow (drei Kilometer von der Stadt entfernt) ein, um Verhaftungen vorzunehmen; Militär besetzte die Höfe des Werkes und der Arbeiterkaserne. Als die Arbeiter der Nachtschicht erfuhren, was geschieht, eilten sie den Genossen in den Kaserne zu Hilfe. Die Fabrikpfeifen schrillten, das ganze Werk lag sofort still, das elektrische Licht erlosch. In der Dunkelheit gelang es den Arbeitern, die Soldaten, welche die Tore besetzt hielten, zurückzudrängen und in die Kaserne zu dringen, wo sie die Verhafteten befreiten. Nur neun Mann von den Verhafteten blieben in Händen der Polizei und wurden nach Gienkochau abgeführt. Darauf forderten die Arbeiter den Fabrikdirektor auf, er solle sofort nach der Stadt fahren und die Freilassung dieser Gefangenen bewirken; wenn bis 8 1/2 Uhr die Gefangenen nicht frei gelassen würden, so würde das Werk stillgelegt werden. Als aber zu dieser Stunde noch keine Antwort eingetroffen war, legten sämtliche Arbeiter einmütig die Arbeit nieder, bildeten einen Zug und marschierten nach der Stadt, um die Genossen zu befreien. Auf die Kunde hiervon blieben auch andere Fabriken in den Vorstädten stehen und die Arbeiter schlossen sich dem Zuge an. Vor der Stadt begegnete der Zug einer Schwadron Kavallerie, einem Bataillon Infanterie und der Polizei. Ueber anderthalb Stunden standen sich Militär und Arbeiter gegenüber. Um 1 Uhr forderte der kommandierende Offizier die Menge auf, sich zu zerstreuen. Die Arbeiter antworteten, sie würden nicht weichen, bevor die Gefangenen frei seien. Das Signal wurde wiederholt, doch die Arbeiter drangen gegen das Militär vor. Darauf erhielt die Kavallerie den Befehl, die Straße zu säubern. Die Soldaten ritten in die Menge hinein, doch nur einzelne hieben drein, die meisten machten keinen Gebrauch von der Waffe oder suchten nur in der Luft herum. — Die Menge beantwortete den Angriff mit Steinwürfen, wobei einige Soldaten verwundet wurden. Darauf machten die Reiter kehrt und gingen zurück, wobei sie zwei Karabiner und drei Säbel verloren. Jetzt drangen die Arbeiter in die Häuser und griffen das Militär von hier aus mit Steinwürfen an. Die Kavallerie wurde auf diese Weise zurückgetrieben. Da erhielt die Infanterie Befehl zu feuern. Drei Salven wurden abgeschossen. Die Menge wich zurück und jetzt stürzte sich die Polizei auf die Liegenden und schoß blindlings drein. Die Soldaten dagegen hatten größtenteils in die Luft geschossen. Soweit ich bisher feststellen konnte, wurden zwei Arbeiter getötet, zwei Personen schwer verwundet, ein dreizehnjähriger Knabe und eine Frau!, gegen zwanzig trugen leichtere Wunden davon. Gestötet wurden gleichfalls zwei Kinder in großer Entfernung von dem Ort des Zusammenstoßes durch weitverfliegene Kugeln. Die meisten Verwundeten sind von Revolverkugeln getroffen, also Opfer der Polizisten, die wie tolle Hunde wüteten.

Rußland und Japan.

Ueber den Aufenthalt der russischen Flotte verläutet noch immer nichts Bestimmtes. Man vermutet, daß sich dieselbe noch immer in den französischen Gewässern befindet. Frankreich ist, ebenso wie Deutschland, der getreue Schildnappe der russischen Despotie. — Nach einer Meldung aus Amoy soll die russische Flotte von einem Taifun erfaßt und hierdurch einige kleine Schiffe vom Hauptgeschwader getrennt sein.

Vom Landkriegshauptplatz liegt eine Nachricht vor, nach welcher am 3. Mai eine Abteilung Kosaken auf eine Eskadron Dragoner gestoßen sei und sie angegriffen habe, wobei ein japanischer Offizier und eine größere Anzahl Dragoner getötet und 11 Mann gefangen genommen wurden.

Süden und Hamburggebiete.

Freitag, den 5. Mai 1906.

Achtung, Flussschiffer! Ueber den Flussschiffahrts-Vertrieb von G. Drews ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Flussschiffer.

Der Zug von Mauern nach Burg (Fehmann) und Meinfeld i. S. ist streng fernzuhalten!

Deutsche Neutralität. Unter dieser Stichmarke brachte unser Kieler Parteiorgan die auch von uns wiedergegebene, aufsehenerregende Notiz, daß auf der Krupp'schen Germania-Werft in Gaarden vier Torpedoboote für die russische Regierung im Bau seien, die bei Vermeidung einer hohen Konventionalstrafe bis zum 15. Mai abgeliefert werden müßten. Es war zugleich bemerkt worden, daß zwei dieser Kriegsschiffe über Lübeck befördert werden sollten. Natürlich setzte gleich darauf die offiziöse Dementiersprache

ein und alles wurde als unrichtig bezeichnet. Wie recht nun die „Schlesw.-Holst. Volkzeit.“ mit ihrer Meldung hatte, wird dadurch bewiesen, daß man seit dem 2. Mai am hiesigen Hafen damit beschäftigt gewesen ist, die zwei russische Torpedoboote, welche erst an ihrem Bestimmungsort genietet und zusammengestellt werden sollten, auf den finnischen Dampfer „Megier“ zu verladen. Spektier ist der schwedisch-norwegische Vizekonsul Warnde, in Firma F. O. Klingström. Die Torpedoboote waren als Luftdampfer deklariert. Mittlerweile ist diese scharfe Verletzung der Neutralität zu Ohren unserer Behörden gekommen, und diese scheinen den Begriff Neutralität doch etwas anders aufzufassen, wie die preussische Regierung, denn gestern Abend um 8 Uhr wurde auf Befehl des Hafenmeisters die weitere Verladung der Torpedoboote untersagt. Damit dieser Befehl nicht umgangen wird, sind sofort zwei Schutleute bei dem Dampfer postiert, der beim Schuppen 27 hat festmachen müssen. Während der größere Teil des Materials der Torpedoboote schon vom „Megier“ abgenommen ist, stehen noch 2 1/2 Wagonladungen am Kai und die schweren Gegenstände, wie Schiffswellen usw., befinden sich beim großen Krahn. Man hat also Gelegenheit, sich durch eigenen Augenschein davon zu überzeugen, wie Preußen die Neutralität „wahrt“; erfreulich ist jedoch, daß von Lübecker Seite anders gehandelt wird. — Vermerkt sei noch, daß der „Megier“ heute morgen seine Fahrt nach Rußland antreten sollte; jetzt wird er wohl noch etwas warten müssen.

Der Staatsvertrag mit Preußen zur „Regelung der Lotterieverhältnisse“ wird heute vom Senat veröffentlicht. Troßdem seine Beratung „geheim“ geführt worden ist, erhält er nichts, was nicht schon längst allgemein bekannt war. Der Vertrag sichert Lübeck eine Rente von jährlich 200 000 Mk. und gilt vorläufig auf die Dauer von fünf Jahren.

Aus dem Gerichtsamt. Der Rechtskandidat B. soll durch ein im September vorigen Jahres an den Vorsitzenden der Erbschaftskommission in Gütin gerichtetes Schreiben 1. bei einer Behörde eine Anzeige gemacht haben, durch welche er wider besseres Wissen den Gendarmerie-Wachmeister Jansen II der Verletzung seiner Amtspflicht beschuldigte, 2. wider besseres Wissen in Beziehung auf den Gendarmerie-Wachmeister Jansen II unwahre Tatsachen behauptet haben, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet waren. Der Gendarmerie-Wachmeister war von Seiten der Behörde beauftragt worden, über das Leben des Angeklagten Ermittlungen anzustellen und darüber zu berichten. Das ist geschehen, doch ist der Bericht für B. nicht gerade günstig ausgefallen und deshalb verfasste letzterer seine Eingabe, die der Anklage zugrunde liegt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete damit, daß der Angeklagte wegen Verleumdung zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt, von der Anklage der wissentlichen falschen Anschuldigung jedoch freigesprochen wurde. Das Urteil sagt: Aus der Form der Äußerungen des Angeklagten gehe die Absicht der Verleumdung hervor; nicht festgestellt sei jedoch, ob die falsche Anschuldigung des Wachmeisters wider besseres Wissen erhoben sei. Die Berichterstattung des Wachmeisters war vollständig wahrheitsgemäß.

Das Spiel in außerpreussischen Lotterien wird durch ein heute vom Senate publiziertes Gesetz verboten. Bis zu 500 Mk. Geldstrafe kann gegen denjenigen erkannt werden, der in außerpreussischen Lotterien spielt. Wer mit außerpreussischen Losen handelt oder nur als Mittelsperson dient, kann mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mk. belegt werden, wer außerpreussische Lose öffentlich anpreist, wird mit 100 bis 1500 Mk. bestraft; im Wiederholungsfall können diese Strafen noch erhöht werden. Im Unvermögensfalle tritt anstelle der Geldstrafe Freiheitsstrafe. Wer die Ziehungslisten außerpreussischer Lotterien veröffentlicht, wird mit Geldstrafe bis zu 50 Mk. bestraft. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wird vom Senat bestimmt.

Au Staatssteuern und -Abgaben gingen im Monat April ein: Einkommensteuer 13 989,67 Mk., Erbschaftsteuer 2 150,89 Mk., Verkaufssteuerabgabe 32 100,50 Mk., Stempelabgaben 8 246,60 Mk., Schiffsabgaben 24 721,87 Mk., insgesamt 81 209,53 Mk., das sind 4569,96 Mk. weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die übliche Staatsangehörigkeit haben im Monat April 67 Personen erworben; 85 Personen erwarben das Bürgerrecht.

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, den 8. Mai 1905, morgens 10 Uhr, im Bürgerschaftssaale hat folgende Tagesordnung zu erledigen: Beratung der Frage der Abendstunden der Bürgerschaft. Kommissionsbericht über den Antrag B.-M. W. 1904, vom 30. November 1903, betreffend Beweglichkeit der Einkommensteuer mit Anlage, enthaltend Gesuch der Post- und Telegraphenbeamten vom 18. Januar 1904.

Ueber die Frauenarbeit im Handelsgewerbe sprach in einer verhältnismäßig gut besuchten Versammlung der „deutschnationale“ Handlungsgehilfen-Verein aus Hamburg. Er betonte, daß durch die Frauenarbeit das Erwerbleben der männlichen Angestellten ungünstig beeinflusst wird; anstatt nun dafür einzutreten, daß die Frauenarbeit der Männerarbeit gleich entlohnt wird, bezeichnete er dieses Bestreben als graue sozialdemokratische Theorie. Redner trat sodann für gesetzliche Minimallöhne ein; hierzu ist eine starke Organisation nötig. Ganz unsere Meinung; nur nicht der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der nebenbei antisemitische Tendenzen verfolgt, sondern der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, der einig und allein zielbewußt besteht ist, die Lage der Angestellten im Handelsgewerbe zu bessern, unbeflümmelt darum, ob die Prinzipale ihm deshalb gram sind.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat April 18 gemeldet, davon 2 Typhusfälle und 16 Diphtheriefälle (1 tödlich).

Der Spielplatz zu Karlshof erfreut sich einer ständig größeren und berechtigten Beachtung. Am Mittwoch nahm der erste Spielnachmittag für Kinder unter recht starker Beteiligung einen günstigen Verlauf. Der schön gelegene Platz und die geräumige Halle sind als Ziel für Spaziergänger nur zu empfehlen.

Die Aktenbehörde in Gewerbesachen verwarf die Beschwerde des Landmannes Schmitt in Travemünde, der dort keine Herberge in's Leben rufen wollte, jedoch vom Polizeiamt keine Konzession erhielt. Es liegt hierfür kein

Bedürfnis vor, weil die Meister doch ihre Gesellen vom Arbeitsnachweis in Lübeck holen müssen. Gebühr: 30 Mk. — Der Konditor Bernhardt, wohnhaft Finkenburger Allee, erfucht um die Konzession zum Ausschank echter Biere in seiner Konditorei; in Uebereinstimmung mit dem Polizeiamt lehnte die Aktenbehörde die Konzessionserteilung ab und setzte die Gebühr auf 20 Mk. fest.

Zur Lohnbewegung der Schuhmacher ist noch zu berichten, daß bis jetzt 37 Arbeitgeber mit 58 Gesellen unsere Forderungen bewilligt haben; außerdem haben die Herren Busch, Ahlenstr. und Johannsen, Blockstr. 1, bewilligt, doch werden die Vereinbarungen nicht innegehalten. Nicht bewilligt haben folgende Arbeitgeber: Bode, Blücherstr. 5; Wentzien, Bismarckstr. 10; Will, Dorfstr. 21; Wolge, Königstr.; Wient, Königstr.; Weile, Wahrenstr. 39; Schluß, Bergrube; Wittsohl, Baumstraße; Ramm, Engelswisch 6; Ramm, Charlottenstr. 17; Burmeister, Regidienstr. 6; Vork, Ernststr. 3a und Danek, Wickenstr.

Der Schiffsverkehr nach Kronstadt ist, wie der Handelskammer von dort gemeldet wurde, seit gestern wieder eröffnet.

Die ersten Motorwagen der neuen Straßenbahn sind jetzt im Depot zusammengestellt worden. Dieselben machen einen eleganten Eindruck und sind verhältnismäßig geräumig und bequem eingerichtet. Sie besitzen einen Schleifkontakt, und nicht wie diejenigen unserer alten „Elektros“ einen Rollkontakt. Die Signallampe befindet sich unter dem Wagen und wird vom Fahrer mit dem Fuße bedient. Der Fahrpreis für eine Fahrkarte, die automatisch gelöst werden, beträgt 10 Pf. für Erwachsene und 5 Pf. für Minderjährige. Die Ueber der Straßenbahn — so wird sie heißen — wird ihren Betrieb voraussichtlich noch im Laufe des Monats Mai eröffnen.

Der Steuerassessor H. ist vom Amte suspendiert worden, weil er sich der Untreue schuldig gemacht hat; gegen ihn ist auch das Strafverfahren eingeleitet worden.

Handelregister. Am 3. Mai 1905 ist bei der offenen Handelsgesellschaft H. B. Müller in Lübeck eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Karl August Remling in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma. Am 4. Mai 1905 ist bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Carl Lassen in Hamburg, Prokureurenfassung in Lübeck eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Christian Wilhelm Alfred Lassen in Altona ist alleiniger Inhaber der Firma. Am 4. Mai 1905 ist bei der Firma Carl Lassen in Hamburg, Zweigniederlassung in Lübeck eingetragen: Christian Wilhelm Alfred Lassen in Altona ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 7. Januar 1905 begonnen.

ph. Unterbringung. Wegen eines hiesigen Tapezierer wurde Anzeige wegen Betruges, bzw. Unterbringung erstattet.

ph. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist seit Sonntagmittag auf dem Klingenberg ein dunkelgrauer schwarzgezierter Wollstich mit einem einfachen ledernen Halsband und mit dem Steuerzeichen 1600.

ph. Fahrzadeldiebstahl. Am 4. ds. Mts. ist von einem Hausknecht in der Mengstraße gegen 11 Uhr vormittags ein Fahrrad, Marke „Cito“, mit schwarzem Gestell, schwarzem Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 3021 abhandeln genommen und vermutlich gestohlen worden. Der Bestohlene setzt für Ermittlung des Täters eine Belohnung von 10 Mk. aus.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
 - 2) Staatsangehörigkeits-Nachweis.
 - 3) Militär-Papier.
 - 4) Anmeldechein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.) Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerker):
 - 5) Gewerbe-Anmeldechein.
 - 6) Innungsmitgliedschein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und
 - 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos.

Parteienoffen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Schönberg. Die Spielerei mit Schusswaffen hat wieder einmal ein junges Menschenleben vernichtet. Der zweieinhalbjährige Sohn des Gastwirts Westphal spielte im Garten, wo sich der 16jährige Hausknecht durch Schießen mit einem geliebten Revolver die Zeit vertrieb. Im Scherz richtete der unbefonnene Mensch die Waffe auf das Kind, der Schuß ging los und der Knabe sank tot zu Boden. Die Kugel war ihm durch den Hals gedrungen und hatte eine Schlagader getroffen. Der zur Hilfe herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod des Kindes konstatieren. Der jugendliche Mörder ergriff in seiner Angst sofort die Flucht und wurde meinetend auf der Rotensdorfer Chaussee gefangen. Er ist bis jetzt noch nicht eingeliefert worden. Wieder ist also ein junges Menschenleben durch leichtsinniges Spiel mit einer Waffe dahingerafft.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf dem Hamburger Dampfer „Memphis“ geriet beim Verhören des Dampfes, durch Brechen einer Stahltrasse, der Matrose J. G. Berendsen gegen eine andere Trocke, wodurch ihm beide Unterkiefer gebrochen wurden. Der schwerverletzte Mann ist nach dem Hamburger Hafenkrankenhaus gebracht worden. — Die Besatzung der mit einer Ladung Kies von Hamburg nach Helgoland bestimmten holländischen Dampfer „Justitia“, Kapit. Klugst, war in der Nähe von Helgoland mit dem Ausbringen eines Ankers mittels des Schiffsbootes beschäftigt. plötzl. kenterte das Boot, anscheinend wegen der Schwere des Ankers, und zwei Insassen ertranken. — Mittwoch nachmittag 3 Uhr entstand in dem Wänschen Gewese in Neuland bei Harburg auf bislang unaufgeklärte Weise Feuer, welches in kurzer Zeit das mit Stroh gedeckte Wohnhaus in Flammen setzte. Das Feuer griff

so schnell um sich, daß es der Feuerwehr nicht möglich war, das ebenfalls mit Stroh gedeckte benachbarte Niemannsche Gewese zu retten; auch hier wurde das Wohnhaus vom Feuer ergriffen und brannte samt den Nebengebäuden vollständig nieder.

Hamburg. Die Aussperrung der Solaarbeiter ist auf einem toten Punkt angelangt, indem sich seit Mittwoch nur noch wenige Arbeitgeber an dem von der Scharfmachersippe diktierten Sinauswurf beteiligen haben. Zugang und Abgang halten sich die Waage, so daß in dem Zahlenverhältnis keine Veränderung eingetreten ist. Die aussperrungsmühtigen Möbelfabrikanten geben sich nach wie vor Mühe, der Aussperrung einen allgemeinen Charakter zu verschaffen, sind aber bislang mit ihrem Liebeswerben abgewiesen worden. — Mittwochabend tagte abermals eine Versammlung der Scharfmachermesster, wie mitgeteilt wird, ging es dort sehr lunterbunt her. Man „einigte“ sich schließlich dahin, daß jeder Scharfmachermesster, der seine Gesellen wegen Beteiligung an der Waisfeier nicht ausgesperrt hat, eine Strafe von 10 Mk. zahlen soll; außerdem soll jeder Meister, der noch Gesellen beschäftigt, pro Mann und Tag 1 Mk. zahlen. Die zweite mal zum „Beschluß“ erhobene „allgemeine“ Aussperrung ist mithin abermals mobilisiert worden. — Zur Lohnbewegung der Wäcker. Die im Wege der Einigung vorgeschlagenen neuen Arbeitsbedingungen lauten im wesentlichen wie folgt: Die Gesellen erhalten nur auf ihren Wunsch Kost und Logis beim Meister, wofür dann 12 Mk. am Lohn gekürzt werden. Jede Woche soll ein Ruhetag in den Betrieben mit sechs und mehr Gesellen gewährt und den Gesellen in kleineren Bäckereien soll ermöglicht werden, so spät abends mit der Arbeit zu beenden, daß sie eventuell Konzerte und Theater besuchen können. Der Minimallohn für Wäcker soll 23 Mk. für Grobbäcker 25 Mk. pro Woche betragen; Ueberstunden werden mit 60 Pf. vergütet. Die Ruhepausen zum Essen müssen insgesamt mindestens 1 1/2 Stunden betragen. — Während die Meister diesen Vorschlägen bereits ihre Zustimmung erteilt haben, werden die Gesellen demnächst darüber beraten. — Die Nutzlosigkeit der Waisaussperrungen scheint nachgerade auch den Scharfmachern zum Bewußtsein gekommen zu sein. Trotz der auch in diesem Jahre kurz vor dem 1. Mai wieder erscheinenden kategorischen Aussperrungsankündigung im Falle der Beteiligung an der Waisfeier respektive des Fernbleibens von der Arbeit ist, soweit wir unterrichtet sind, nirgends eine nennenswerte Aussperrung erfolgt, obgleich die Zahl der Arbeiter, die am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, nach Zehntausenden zählt. Die Scharfmacher haben also resigniert.

Hamburg. Hamburger Bürgerschaft. Zunächst wird die Wiederverpachtung des Ratsweinfellers besprochen und nachdem u. a. Genosse Emil Fischer für den Regiebetrieb im Ratsweinfeller eingetreten war, bei dem sowohl das Staatsinteresse als auch das Interesse des Publikums, das den Ratsweinfeller besucht, am besten gewahrt sei, die Niederweisung an den Ausschuß beschlossen. Die Brennenerordnung und Fällensabfuhr u. im Landgebiet veranlaßte ebenfalls längere Auseinandersetzungen, desgleichen die Frage der Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausarbeiter und Arbeiterinnen, deren Notwendigkeit Genosse Jaffe eingehend und überzeugend beaufandete, während der bürgerrechtliche Ausschuß, der sich mit der Sache beschäftigt hatte, die Ablehnung empfahl. Herr Dr. Blund, der unserm Genossen Jaffe zustimmte, wurde deshalb von seinem Fraktionsgenossen Plinkmann unter dem Beifall der Anken recht ungnädig behandelt. Nebenbei erging sich Herr Plinkmann in seiner gewohnten Weise in unbewiesenen dreisten Behauptungen und in Entschuldigungen. Unter anderem meinte er, die Ortskassenvorstände widerstrebten einer Vereinigung der Ortskassen, weil da verschiedene Posten verloren gingen. Das sei in einer Versammlung zu Tage getreten, an der auch die sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder teilgenommen hätten. Die Genossen Stolten und Fischer konnten in einer persönlichen Bemerkung diese Behauptungen als unwahr zurückweisen. Nachdem Herr Plinkmann den ablehnenden Standpunkt des Ausschusses verteidigt, schritt die Mehrheit durch Annahme eines Schlusstratages des Herrn Dr. Albrecht unserm Genossen Jaffe das Wort zur Erwiderung ab, verrechnete sich dabei aber gründlich, weil Jaffe beim nächsten, die gleiche Materie betreffenden Punkt Herrn Plinkmann noch abfertigen konnte. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Hausarbeiter u. wurde aber abgelehnt.

Hamburg. Zur Lohnbewegung der Werftarbeiter. Die Werftarbeiter nahmen zu dem Antwortschreiben der Werft auf den der Direktion unterbreiteten Lohnantrag Stellung. Nach einer lebhaften Aussprache wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Arbeiter ihre Mißbilligung zu der Stellung der Werft ausdrückten, da tatsächlich in der Forderung nur die minimalsten Löhne festgelegt worden seien. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, diese Resolution der Werftdirektion zu unterbreiten und nichts unversucht zu lassen, um eine friedliche Lösung der Angelegenheit durchzuführen. Eine endgültige Antwort wird bis Sonnabend, den 6. Mai, erwartet. In einer alsdann erneut einzuberufenden Versammlung soll über den Erfolg der Verhandlungen des Arbeiterausschusses Bericht erstattet und ein weiterer endgültiger Beschluß herbeigeführt werden.

Hant. Sämtliche Transportarbeiter und Fuhrleute in Hant-Wilhelmsb. haben am 4. Mai in den Ausstand getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Das Arbeitersekretariat

(unentgeltliche Auskunftsstelle für Jedermann)

ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7 1/2 Uhr abends.

An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittags geschlossen.

Drittung.
Für den Preßfonds gingen ein:
Südliche Eier 1 Mk. —
Friedr. Meyer u. Co.
Eternschau-Bichmarkt.
Hamburg, 4. Mai

Der Schweinshandel verlief reger. Zuführt wurden 1350 Stück, Preis: Sengsweine — 1/2 Mk., Verkaufsschweine, schwere 63 Mk., leichte 63-63 1/2 Mk., Sauen 54-58 Mk. und Ferkel: 57-61 Pf., pro 100 Pfund.

W. Blumenthal

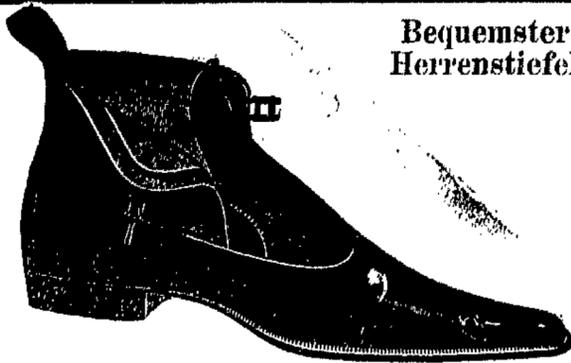
≡ Lübecks ≡ bedeutendstes **Schuhwarenhaus**

Empfehlenswerte

Herrenstiefel

Herren-Zugstiefel	aus gutem Rossleder mit Besatz	4 50 Mk.
Herren-Zugstiefel	aus starkem Rindleder, genagelt	5 50 Mk.
Herren-Zugstiefel	Prima Rossleder, genagelt u. genäht	7 50 Mk.
Herren-Schnürschuhe	stark genagelt	4 50 Mk.
Herren-Arbeitsschuhe	mit Eisen	4 50 Mk.
Herren-Schnür-Zugschuhe	schöner Sonntagsschuh	6 00 Mk.
Herren-Schaftstiefel	mit oder ohne Eisen	7 50 Mk. 7 00 Mk.
Herren-Segeltuchschuhe	zum Schnüren und mit Schnallen	3 50 Mk. 2 50 Mk.

Bequemster Herrenstiefel



Herren-Schnallenstiefel aus Rind- und Rossleder, bester Arbeitstiefel 7 50 Mk. 6 50 Mk.

Knpt.- u. Schnrst. 17/21 22/24 25/26 27/30 31/35
Rossleder 1.80 2.25 2.75 3.25 4.00

Segelt.-Schuhe in grau u. braun 1.50 1.80 2.00 2.20

Damen-Lederpantoffel leichte Sommerpantoffel in rot und braun 1 60 Mk. 1 50 Mk.

Damen-Lederpantoffeln stark genagelt 1 80 Mk.

Herren- do. do. 2 75 Mk.

Preiswerte

Damenstiefel

Damen-Spangenschuhe		2 00 Mk.
Damen-Spangenschuhe	Rossleder stark	3 50 Mk.
Damen-Schnür- u. Knopfschuhe	Rossleder bequeme Fassons	3 50 Mk.
Damen-Schnür- u. Knopfstiefel	Prima Rossleder	5 00 Mk.
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel	aus Boxcalf	7 50 Mk.
Dam. Chevreaux Knopf- u. Schnürst.		7 50 Mk.
Damen- graue Schnürschuhe		3 50 Mk.
Damen- graue Schnürstiefel		4 50 Mk.

W. Blumenthal,

Lübeck, Kohlmarkt, Ecke Sandstrasse.

Für herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen hiermit unsern herzlichsten Dank.

Catharine Mett, geb. Schütz,
nebst Kinder.

Lübeck, den 4. Mai 1905.

Ein Logis zu vermieten.
Kerfinastraße 44.

Eine Wohnung zu vermieten
an eine alleinstehende Person
Schomann, Reinfelder.

Eine Schneiderin empfiehlt sich
Warendorffstraße 64, 2. Stg.
Dasselbst ein Logis zu vermieten.

Gesucht ein Schuhmacher außer dem Hause, der einige Paar sauber genähte Böden mitmachen kann.
Angeb. u. A 5 an die Exped. d. Bl.

Gesucht per sofort
ein kräftiger Laufbursche
Hermann Blunck, Gröndorfer Allee 51

Eine Kinderbettstelle mit Matratze
billig zu verkaufen
Schildstraße 2, 1. Etage.

Ein Italiener-Buchhändler zu verk.
Friedenstraße 93.

Sonnabend und Sonntag
ist großer Posten
Kerfel zu verkaufen.
Kröger's Gasth., Schwarten.

erhält man hier selbst
süddeutschen Mittagstisch
Off. u. N 11 an die Exped. d. Bl.

Feinste Meiereibutter
Pfund 1,15 Mk., bei 5 Pfund & 110 Mk.
empfehlen

Wilh. Süke, Warendorffstr. 25.

Jeden Mittwoch u. Sonnabend
von 5 Uhr ab:

Eimerbier
„Weisser Engel“
und in der

Brauerei H. Bade
Hügstraße 128.

Volle und halbe Rabattbücher nehmen in Zahlung.
Die grösste Auswahl!
Die billigsten Preise!
Die besten Waren!
finden Sie stets in dem größten
Spezial-Manufaktur-Geschäft
von
Markmann & Meyer
44 Breitestraße 44.
Sonntag den 7. Mai bis 6 Uhr abends geöffnet.
Sonnabend und Sonntag: } **extra billige Preise.**

Schulschreibhefte

in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift
empfiehlt die

Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Neu eingetroffen!

Kindersportwagen

5, 6.25, 7.00, 8.50 bis 25 Mk.

Kinderwagen

14, 18, 20 bis 50 Mk.

Riesen-Bazar.

Breitestraße 33.

Pietro Cagna.

Breitestraße 33.

Bekanntmachung.

Einem verehrlichen Publikum von Lübeck und Umgegend zeige hiermit ergebenst an, daß ich die
Wirtschaft P. Meth Ww.

Fischergrube 81

als Vertreter übernommen habe.
Hochachtungsvoll

Heinrich Lühr.

Billiges Volksgetränk!

Trinkt

H. Bülc's Misch-Kaffee!

Pfund 60, 80 und 100 Pfg.
in 1/2 und 1/4 Pfund.

Die Mischungen enthalten keinerlei künstliche Farbstoffe, keine havarierte Bohnen (sog vom Seewasser beschädigt) und sind frei von jedem Beschwerungsmittel.

H. Bülc

Breitestraße 43. Fernspr. 149

Freitag, Sonnabend.

Puddingpulver } 3 Pk. 12 Pfg.
Rote Grütze }

Corned Beef Pfd. 55 Pfg.

11 Stück Eier 60 Pfg.

In Margarine Massenverkauf

deshalb stets frisch

von 50 Pfg. bis 75 Pfg. das Pfd.

Auf jedes Pfund 5 Rabattmarken

oder ein Keller gratis.

Otto Burckhardt

Hügstraße 42.

Verkaufshalle v. Lebensmitteln.

Die Königsberger Schmach.

Der außerordentliche Charakter des Königsberger Prozesses, den er in jedem Stadium des Vorverfahrens und der Verhandlungen gezeigt hat, übertrug sich selbst auf die Revisionsberatung des Reichsgerichts. An einer Stelle, in der der Rechtskampf nur mit formalen Debatten (auf Schlussfolgerungen gegründeter Beweise) geführt wird, ertönte unvermutet und überraschend die politische Panfare. Der Reichsanwalt Treutlein-Wördes, der die erste Absicht äußerte, ein Königsberger Verbrechen mit der erneuten Aufgabe zu belegen, daß es unterfalle, ob die Hochverräter des Königsberger Prozesses nicht dennoch Hochverrat gegen Rußland begangen hätten, leitete sein sehr gründlich angelegenes Referat mit einigen Sätzen ein, bei denen noch mehr der Ton, als der Inhalt unwillkürlich an parlamentarische Reden des preussischen Justizministers erinnerte. Der Reichsanwalt sprach mit lebhaftem Ausdruck seine Anpreisung gegen die agitatorische Ausdeutung des Königsberger Prozesses aus und deutete an, daß diese Agitation selbst einen Anstoß auf objektive Rechtssprechung bedingen könnte in die Verurteilung führen könnte, „Gegenwichte“ zu schaffen; mit anderen Worten, der Reichsanwalt spielte mit der Möglichkeit, es könnten sich Richter finden, die sich zuungunsten der Königsberger Angeklagten als Gegenwirkung gegen die Agitation in der Tendenz hergeben könnten: „Nun erst recht!“ Bestärkt wurde die politische Färbung des Plaidoyers des Reichsanwalts noch durch ein plötzliches wie ein Reichsanwalter-Kitat eingeborenes Satz aus einem Artikel Kautskys in der Matrosenzeitung der Buchhandlung Vorwärts. Daß Kautsky in diesem Artikel auf die notwendigen Rückwirkungen eines russischen Zusammenbruchs auf die europäischen Verhältnisse hinwies, das verwandte der Reichsanwalt als Argument für die Notwendigkeit, daß die Staaten sich gegen Intrigen der eigenen Staatsbürger gegen andere Länder schützten.

Wieder war es der Minister Schönbast, der in der Erinnerung auftauchte mit seinem berühmten gewordenen Wort im Reichstag, als der Russenfanatismus der Regierung den Höhepunkt erreicht hatte: *Tua res agitur, um deine eigene Sache handelt es sich!*

Der Präsident des zweiten Reichsgerichts-Senates Freiherr v. Wölzow hatte zur Abklärung der Verhandlung das komplizierte weltanschauliche Material zunächst auf die Entscheidung der Frage zusammengefaßt, ob in Rußland die Gegenseitigkeit überhaupt dem Deutschen Reich verbürgt sei. Würde diese Frage verneint, so fielen zugleich die Verhandlungen über die Frage, ob die Hochverratsparagrafen richtig angewandt seien.

Der Reichsanwalt bewies in seinem sorgfältig ausgearbeiteten Vortrag, daß er sich den Prozeß hatte angeeignet sein lassen und sorgfältig die Rechtsmaterie durchgeändert hatte. Er war sogar so glücklich, noch bisher unbekanntes Material für die Rechtsfrage der Gegenseitigkeit beizubringen, nämlich eine Kammergerichts Entscheidung aus dem Jahre 1864. Der Vertreter der Revision der Königsberger Staatsanwaltschaft vertiefte sich in den Ursprung des russisch-österreichischen Gegenseitigkeits-Verhältnisses, das durch einen besonderen Vertrag Ende der 50er Jahre gewähleitet wurde. Er zitierte Bismarcks Gedanken und Erinnerungen und schilderte die russischen Verhältnisse am Ausgang der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts auf Grundlage der für alle höheren Lehranstalten klassischen Autorität der Weberischen Weltgeschichte. Es bewachte sein juristisches Gewissen das Problem, warum denn Preußen nicht zu jener Zeit ebenfalls wie Oesterreich ausdrücklich die Gegenseitigkeit durch einen Vertrag mit Rußland festgelegt hätte, da doch Preußen gleichen Anlaß hatte, Rußland gegen die Polenaufrüher zu schützen wie Oesterreich und durch die (in der Konfliktzeit von der Landtagmehrheit gebührend gebrandmarkt) Militärkonvention mit Rußland doch seine Solidari-

ität bewiesen habe. Der Reichsanwalt wußte keine andere Erklärung für diese unbegreifliche Unterlassungsünde des preussischen Russeniums wie die Vermutung, daß eben die Gegenseitigkeitsparagrafen des russischen und preussischen Strafgesetzbuches, die doch für sich allein nur leer, erst durch besondere Gesetze oder Verträge in Wirksamkeit tretende Formulare darstellten, die Gegenseitigkeit durch sich selbst genügend begründeten. Die bündige Ausführung in dem amtlichen Kommentar zu dem neuen russischen Strafgesetzbuch, die ein besonderes in Rußland publiziertes Gesetz zur Voraussetzung verbürgter Gegenseitigkeit macht, schob der Reichsanwalt mit der Behauptung beiseite, daß das nur Vorarbeiten seien, die keine Autorität beanspruchen könnten.

Die Verteidiger der Angeklagten, die Rechtsanwältin Haase, Heinemann und Liebknecht, die auch im Königsberger Prozeß verteidigt haben, legten die Gründe dar, aus denen hervorgehe, daß Rußland die Gegenseitigkeit im Deutschen Reich nicht verbürgt. Reichsanwalt Heinemann nahm am Beginn seiner Ausführungen auch Anlaß, die politischen Streitzüge des Reichsanwalts abzulehnen und weigerte sich, Dokumente zu erörtern, die wie Kautskys diesjähriger Artikel nicht Gegenstand der Verhandlung im Königsberger Prozesse gewesen; das sei strafprozessual nicht zulässig. Selbst wenn alle vorigen Argumente nicht gegeben worden, so ist, so führten die Verteidiger aus, durchschlagend doch allein die Tatsache, daß zur Zeit des Königsberger Prozesses tatsächlich im russischen Rechte ein Gegenseitigkeitsparagraf überhaupt nicht existiert hat. Anfang Juli 1904 sind von dem neuen russischen Strafgesetzbuch die politischen Delikte in Kraft gesetzt worden mit Ausnahme gerade des neuen Gegenseitigkeitsparagrafen. Es ist somit der alte Gegenseitigkeitsparagraf noch in Kraft, aber er bezieht sich auf Paragrafen, die jetzt in Kraft befindlich sind, aber er selbst ist noch nicht wirksam. So hat also damals ein Rechtsvakuum (Vakuum gleich leerer Raum) bestanden und schon aus diesem Grunde mußte Freisprechung beim Hochverrat gegen Rußland erfolgen. Es war nicht verständlich, was der Reichsanwalt gegen dieses Argument einzuwenden versuchte.

Nachdem nun der Gegenstand der Gegenseitigkeitsfrage diskutiert, wurde die Verhandlung über die Revision des Staatsanwalts — es war noch die Unanwendbarkeit des Hochverratsparagrafen selbst zu erörtern — abgebrochen und man wandte sich der Revision der Angeklagten gegen die Verurteilung wegen Hochverrats zu.

Nach den Erörterungen über die Geheimhändel führte die Beratung noch einmal zur Revision des Staatsanwalts zurück, da der Reichsanwalt bereits vorher angekündigt hatte, er hätte noch unabhängig von der Frage der Gegenseitigkeit ein neues Argument auf der Pinnwand. Und nun riefte der Reichsanwalt zur allgemeinen Verblüffung mit der Entdeckung heraus, daß, selbst wenn der Hochverratsparagraf wegen des Mangels verbürgter Gegenseitigkeit nicht anwendbar sei, die Königsberger Verbrechen dennoch eine Untat begangen hätten, allerdings nur diejenigen, die zarenmörderische Schriften verbreitet hätten. Es läme nämlich der § 49 a in Frage, der lautet:

„Wer einen anderen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Teilnahme an einem Verbrechen auffordert, oder wer eine solche Aufforderung annimmt, wird, soweit nicht das Gesetz eine andere Strafe androht, wenn das Verbrechen mit dem Tode oder lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, wenn das Verbrechen mit einer geringeren Strafe bedroht ist mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher sich zur Begehung eines Verbrechens oder zur Teilnahme an einem Verbrechen erbietet, sowie denjenigen, welcher ein solches Erbieten annimmt. Es wird jedoch das lediglich mündlich ausgesprochene Auffordern oder Erbieten sowie die Annahme eines solchen nur dann bestraft, wenn die Aufforderung oder das Erbieten an die

Bewährung von Vorteilen irgend welcher Art geknüpft worden ist. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Prozesskosten erkannt werden.“

Die Königsberger Unthöle können sich also nun darauf gefaßt machen, wegen Aufforderung zum Mord mit Gefängnis nicht unter drei Monaten (bis zu fünf Jahren) bestraft zu werden. Der angezogene Paragraf ist der sogenannte Duchesne-Paragraf, einen der Gelegenheitsbestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches, der entstanden ist, weil ein Mann namens Duchesne dem J.-Littenprovingtal in Belgien zur Ermordung des Fürsten Bisnard sich anbot. Die Königsberger wissen nun also, was sie durch Entgegennahme von Schriften, von denen sie kein Wort verstanden und die im schlimmsten Falle nur theoretische Erörterungen über die Berechtigung einer Parentöring enthielten, gekündigt haben. Ueber diese neueste Entdeckung zur Königsberger Justiz wurde naturgemäß nicht mehr viel verhandelt. Der Senat zog sich zur Beratung zurück und legte darauf mit der abermals überraschenden und kaum jemals schon in die Erscheinung getretenen Mitteilung zurück, daß er die Verhandlung unterbreche und Sonnabend fortsetzen wolle. Es ist möglich, Vermutungen über den Grund dieser Entscheidung auszusprechen; vielleicht sind es nur formale Gründe, die statt der üblichen Ausprägung der Publikation für einen bestimmten Termin die Form der Unterbrechung der Verhandlung wählen ließen.

In den Kuriositäten des Königsberger Verfahrens hat übrigens, so sei schließlich noch bemerkt, die Königsberger Staatsanwaltschaft für die Revisionsberatung eine weitere Verteidigung geleistet. Der Staatsanwalt hat nämlich auch gegen die gesetzlich freigesprochenen Braun und Ehrenpfort die Aufhebung des Urteils wegen Freisprechung aus dem Hochverratsparagraf beantragt, es aber unterlassen, auch die Aufhebung wegen Freisprechung aus den Geheimhändelparagrafen zu verlangen. So ist also die Urteilsfeststellung rechtskräftig geworden, daß Braun und Ehrenpfort mit der ganzen Angelegenheit der Verbreitung der Schriften nichts zu tun haben. Trotzdem aber sollen sie nach der Königsberger Staatsanwaltschaft immer noch verdächtig sein, Hochverrat gegen Rußland begangen zu haben. — Die Wege, die die preussisch-deutsche Justiz wandelt, sind sonderbar, sehr sonderbar!

Verhandstage und Generalversammlungen.

12. Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands in Dresden. In der Sitzung vom 27. April wurde nach Wahl einer Statutenkommission in die Beratung des Punktes: Unterstützungswesen eingetreten. Hierzu referierte Verbandstathier Bod. Die Ausführungen des Redners beschäftigten sich in der Hauptsache mit den gemachten finanziellen Erfahrungen und enthalten reiches Zahlenmaterial über die geschäftlichen Ergebnisse bei den einzelnen Unterstützungszweigen. Ferner besprach er die zahlreichen zu diesem Punkt eingegangenen Anträge, die zum großen Teil eine Erweiterung der Unterstützungszweige und Einführung einer Krankenunterstützung verlangen. In der Debatte, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, zeigte sich über die Erweiterung der Unterstützung wie über die Erhöhung der Beiträge starke Meinungsverschiedenheiten. Verschiedene Redner besuchten bei Erhöhung der Beiträge Mitgliederverlust durch den Hilfsarbeiterverband, der bei seinen niedrigen Beiträgen ein starker Konkurrent sei. Hiergegen machen jedoch Redner, die für die Erhöhung der Beiträge eintreten, geltend, daß auch der Hilfsarbeiterverband in nächster Zeit sich gezwungen sehe, seine Beiträge zu erhöhen.

Siebente Generalversammlung der Glasarbeiter in Jena. Am vierten Verhandlungstage wurde

Der Einängige.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

19. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Nun weiter,“ sagte der Staatsanwalt, „was haben Sie zu berichten? Also der famose Morelly existiert nicht?“

„Nein, Herr Staatsanwalt.“

„Wer ist denn dann der Mörder?“

„Der junge Mann, der mit mir zugleich oder vielmehr ein wenig vor mir verhaftet wurde.“

„Rudolf Weringer?“

Schubert sprang von seinem Stuhle empor und blähte mit starren Augen auf den Sprecher.

„Unmöglich!“

„Es ist aber die Wahrheit,“ betonte der Schloffer ruhig. „Er war es, der zu mir kam — wo er meine Adresse herbekommen hat, weiß ich nicht, wahrscheinlich hat er in den Wäntern von meiner kürzlichen Entlassung aus dem Zucht haus gelesen und sich gesagt, daß ich der rechte Mann für ihn sein würde. Die Wohnung konnte er ja leicht aus dem Adressbuch erfahren.“

„Wann sollte er aber zu Ihnen gekommen sein? Er ist ja erst am Morgen des Tages, an dem der Mord begangen wurde, aus Jitau in Dresden eingetroffen?“ bemerkte der Staatsanwalt ungläubig.

„Ganz recht, er war um die Mittagszeit bei mir. Er erklärte mir alles so, wie ich es in meiner ersten Aussage dem angeblichen Kapitän Morelly in den Mund gelegt, und machte mir die Sache so süß vor, daß ich nicht zu widerstehen vermochte. Nur insofern habe ich die Unwahrheit gesagt, als wir beide von Anfang an die Tat gemeinschaftlich ausführen wollten. Das heißt nur den Einbruch, nicht den Mord. Von einem Mord war gar keine Rede. Wir trafen die Vereinbarung, uns Abends ein Viertel zehn Uhr in der Nähe der Villa zu treffen; ihm fiel die Aufgabe zu, während

des Nachmittags das Terrain zu sondieren. Der Vogel war pünktlich zur Stelle, er hatte mir die notwendigen Wachsabbildchen geliefert.“

„Wie soll er sich aber diese verschafft haben?“

„Er erzählte mir, die Dame, um die es sich handle, sei eine Verwandte von ihm. Er habe sie schon ein paarmal heimlich und ohne Wissen ihrer Dienstmädchen und ihres Bruders besucht und bei einer dieser Gelegenheiten sich die Abbildchen verschafft.“

„Und wer hat die Schlüssel angefertigt?“

„Ich.“

„In so kurzer Zeit?“

Der Schloffer lächelte triumphierend. „Ich machte sie aus andern passend,“ erklärte er stolz. „Sie wissen ja, daß ich geschickt zu arbeiten verstehe.“

„Sie drangen also mit ihm gemeinschaftlich in das Haus ein?“

„Jawohl. Wir schlichen in das betreffende Zimmer. Mein Begleiter wußte trefflich Hausgelegenheit. Die Dame schlief fest auf dem Sofa. Während ich am Sekretär beschäftigt war, erwachte sie. „Nun weiter,“ raunte mir mein Genosse zu, „ich werde sie zum Schloffen bringen.“ Er stürzte auf sie zu, ich glaubte, er wolle sie durch Drohungen stumm erhalten. Das Zimmer war dunkel, ich konnte nichts sehen. Auf einmal hörte ich sie röheln. Um Gottes willen, was haben Sie getan?“ rufe ich ihm zu. „Still,“ erwiderte er, „beilen Sie sich, wir müssen fort.“ Er haif mir den Sekretär auszuräumen, ich bin gewiß, daß er es gewesen ist, der das Paket mit der in Banknoten ausgezahlten Hypothekensumme an sich genommen hat. Sie kennen den Mörder nicht, flüsterte er mir noch zu. „Ich garantiere Ihnen, wenn Sie schweigen, eine Summe von zehntausend Mark.“ Dann verließ er eilig das Zimmer. Alles andere ist Ihnen schon bekannt.“

„Ja, ja.“ Der Staatsanwalt schwieg eine Weile. „Und was bewegt Sie so plötzlich, Ihren Helfershelfer preiszu-

geben? Zweifel Sie an der Erfüllung des erhaltenen Versprechens?“

„Offen gestanden, ja. Der Herr redet sich heraus, und im Handumdrehen ist er verschwunden. Ich soll es dann gewesen sein. Nein, so dumm ist Kolter nicht — er soll so gut seine Strafe haben wie ich — ich habe genug an meiner Portion und nicht Lust, für andere Leute den Rücken krumm zu machen.“

Schubert klangelte.

„Rudolf Weringer ist sofort vorzuführen.“

Der junge Kaufmann hatte bereits von seinem Aufseher im Laufe des Tages einen Brief erhalten, daß seine Gefangenenschaft voraussichtlich nicht mehr lange dauern werde. Als er so spät noch zum Staatsanwalt beordert wurde, füllten sich seine blaffen Wangen mit plötzlicher Röte. Er hoffte auf seine Entlassung klopfenden Herzens betrat er das Bureau des mit der Untersuchung betrauten Beamten; endlich durfte er wieder die Luft der Freiheit atmen, seine Braut wiedersehen, als freier Mann nach seinem Wohnort zurückkehren!

Die Anrede des Staatsanwalts bereitete jäh seinem Glückstrahl ein Ende, und vom Gipfel der Hoffnung stürzte er plötzlich hinab in den Abgrund der tiefsten, grenzenlosen Verzweiflung.

„Weringer, nach dem Geständnis des Schloffers Kolter liegt Ihre Schuld klar zu Tage,“ begann Schubert ernst. „Er hat soeben bekannt, Sie seien der Mann gewesen, der ihn zum Einbruch im Hobatschen Hause verleitet, der denselben mit ihm ausgeführt und den Mord begangen hat. Was haben Sie darauf zu erwidern?“

Rudolf zuckte zusammen, als habe ihn ein elektrischer Schlag getroffen. Tödtlich erschrocken richtete er die Augen auf den Einbrecher.

„Das ist — das ist eine schändliche Lüge,“ rief Rudolf in flammender Entrüstung. „Ich kenne ja diesen Menschen garnicht!“

Aber das Zwischenmeisterystem verhandelt, dessen nachteilige Folgen beleuchtet und das als ein Krebsknoten bezeichnet wurde, der an der Wurzel des Verbandes naget. Auch die großen Uebelstände des Koff- und Bogelzwanges wurden besprochen. Ein Antrag lautete: „Der Vorstand wird beauftragt, die gemessene Bekämpfung des Koff- und Bogelzwanges beim Meister seitens der Gewerkschaften tatkräftig zu unterstützen“ wird gegen eine Stimme angenommen. In bezug auf die Zwischenmeisterfrage wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Referenten und erkennt sie als beachtenswert an. Da aber volle Klarheit über verschiedene Verhältnisse noch nicht vorzuliegen scheint, so beauftragt die Generalversammlung den Hauptvorstand, Erhebungen darüber anzustellen, wie weit das Zwischenmeisterystem auf den einzelnen Betrieben der deutschen Glasindustrie besteht, auch darüber, in welcher Weise und in welcher Höhe des Lohnes die Gehilfen entlohnt werden. Das Material dieser Erhebungen, sowie eine Vorlage darüber, wie auf Grund dieses Materials die Befestigung des Zwischenmeisterystems durchgeführt werden könne, ist der nächsten Generalversammlung zu unterbreiten.“ In der Nachmittagsitzung gelangte zur Erörterung der Punkt Agitation. Hierzu hat Bieche-Benzig das Referat übernommen. Nachdem 24 Redner zu der Sache gesprochen, wurde ein Schlufantrag angenommen. Zur Annahme gelangte folgender Antrag: „Die Generalversammlung beschließt: Für Süddeutschland und Norddeutschland sind vorläufig je ein besoldeter Gauleiter anzustellen mit der Maßgabe, daß dem Gauleiter in Süddeutschland diejenigen Bezirke in Thüringen, vornehmlich dort, wo die Glasfabrik und Schleiferei herrscht, mit zugeteilt werden. Im übrigen bleiben die Agitationskommissionen bestehen wie bisher, indem ihnen noch dazu die Befugnis eingeräumt wird, je nach Bedürfnis selbständige Konferenzen unter sich abzuhalten.“

Soziales und Parteileben.

Der Streik der Wagenpauer in Breslau ist gütlich beigelegt worden.

Die Bäcker in Madrid haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Ein Sympathiestreik. In Klauenburg (Siebenbürgen) traten sämtliche Arbeiter in den allgemeinen Ausstand, der so lange andauern soll, bis sämtliche Forderungen der streikenden Bauarbeiter erfüllt sind.

Der Malerstreik in Jena ist beendet. Der Erfolg des Streiks ist, daß der Minimallohn von 33 auf 35 Pfg. erhöht wird und daß, je nach Leistung, 1-2 Pfg. der Stundenlohn aufgebessert wird.

Grauenhaftes Wohnungsgelend. In Danzig hat kürzlich der Verein für öffentliche Gesundheitspflege eine Versammlung abgehalten, in der drei Medizinalräte ihre Erfahrungen über Danziger Wohnungsverhältnisse zusammen gaben. Medizinalrat Dr. Haack fand in Danzig drei Wohnungen mit einer Höhe von 1,74 bis 1,80 Meter, in denen er nicht habe aufrecht stehen können. Eine Näherin habe er bei einem Besuche bitten müssen, aus ihrem „Zimmer“ herauszukommen, da zwei Menschen unmöglich darin hätten Platz gehabt; das „Zimmer“ hatte eine Breite von 1,20 bis 1,30 Meter und eine Höhe von 1,75 Meter. Gang und Gänge sei es in Danzig, die Dienstboten auf den Böden schlafen zu lassen, die für solche Schlafgelegenheit ursprünglich gar nicht eingerichtet seien. In Langgarten habe die Polizei bei einer Gelegenheit über 20 Wohnungen geschlossen, in denen sich das Flosett direkt neben dem Herd befand, ohne daß auch nur der Versuch gemacht war, diese Lokale abzuschließen. So klein war die Küche, daß die Frau gerötigt war, Geschirr, das sie beim Kochen aus der Hand setzen mußte, auf dem Flosett zu postieren, und die Klosetts wurden von Hausgenossen verschiedenen Geschlechtes und Alters benutzt! In der Debatte wurde festgestellt, daß in Danzig über tausend Wohnungen zu je einem Zimmer sich befinden, in denen Familien wohnen, die bis zu 15 Personen stark sind! In Allenstein befinden sich ebenfalls solche Brutstätten der Degeneration. Gelegentlich einer Hausagitation wurden etwa 50 Wohnungen angebrochen, wo in einem Zimmer 2 Familien wohnten, kochten und schliefen. Um in eine Wohnung zu kommen, mußte der Vertrauensmann, ahnlich einer Rabe, hineintriefen. In einem Zimmer wurden nicht nur zwei Familien angetroffen, sondern dort stand zwischen den beiden

Stebetten noch ein drittes, worin ein etwa 16 Jahre altes Mädchen lag und dem Vertrauensmann zurief: „Wollen Sie mir denn nicht gratulieren zu meinem prächtigen Jungen?“ Zwischen diesen Betten, wenn solche überhaupt da sind, lagen auf Stroh oder alten Lumpen die übrigen Kinder und oft auch noch Bogelente. Diesen grauenhaften Wohnungsverhältnissen entsprechen natürlich unerwünschte Mietpreise! Und mit dem trostlosen Elend stehen natürlich auch die Arbeitslöhne im richtigen Verhältnis: In Allenstein verdienen die sonst überall hochgelohnten Bauhandwerker 2,50 bis 3,00 Mk. pro Tag und die ungelerten Arbeiter 1,25 Mark für 12 Stunden. In der Großstadt Danzig verdienen z. B. die Bauhandwerker 36-48 Pfg. pro Stunde (Berlin 60!), die ungelerten Arbeiter 18-28 Pfg. Dabei sind die Lebensmittel in den genannten Städten ebenso teuer, wie in Berlin, Hamburg und Hannover.

Von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Der „Frankfurter Zeitung“ geht aus Jena diese Notiz zu: „Die Geschäftsleitung der optischen Werkstätte von Carl Reiß stellt unerlaubtes Maßfessern für eine Verletzung des Arbeitsvertrages. Eine Versammlung der Geschäftsangehörigen beschloß, trotzdem zu feiern und Konsequenzen durch gewerkschaftliche Organisationen abzuwehren.“ — Unter unerlaubter Maßfessern versteht die Geschäftsleitung, wie jeder andere Unternehmer, wenn die Arbeiter trotz des Verbots, die Arbeit nicht ruhen zu lassen, dies doch tun und die Maßfessern mit der übrigen Arbeiterchaft begehren. Es kennzeichnet so recht das so oft geprüfene Verhältnis der Geschäftsleitung, das Feiern des 1. Mai, also eines Tages schon, für eine Verletzung des Arbeitsvertrages zu erklären. Weiterhin aber wird durch dieses Vorgehen der jüdischen Geschäftsleitung wiederum der Beweis erbracht, daß die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nur eine Utopie ist.

Die Maler und Anstreicher in Nürnberg sind am 1. Mai in den Ausstand getreten, nachdem die Unternehmer die von der Lohnkommission der Arbeiter eingereichten Tarifforderungen nicht anerkannt haben resp. Zugeständnisse machen wollten, die die Arbeiter nicht befehligen und von einer Versammlung abgelehnt wurden. An dem Streik sind circa 1000 Mann beteiligt, nur gegen 40 Mann sind als Arbeitswillige stehen geblieben. Von sämtlichen Malergehilfen am Orte sind 800 organisiert.

Zur Gewerkschaften befreit die „Freie Deutsche Presse“ die Sozialdemokratie im Reich. Sie berichtet nämlich, in Sachsen habe die Sozialdemokratie 134 000 Parteimitglieder. Da unsere Partei in Sachsen rauhlich 50 000 organisierte Genossen zählt, kommen also auf einen Genossen etwa 3 Genossen. Und um im Witz zu bleiben, das die bürgerlichen Politiker zu malen pflegen: Sechs Hände holen aus einer Tasche die Arbeitergroßen. Man ist's heraus, warum in Sachsen das Volk verelendet!

Die Maler und Lackierer in Halle a. S. streiken. Sie erheben folgende Forderungen: 50 Pfg. Stundenlohn, 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Entschädigung für die Arbeit auf dem Lande für Verheiratete 2 Mark, für Ledige 1,50 Mark und im ersten Jahre ausgezeichnete Gehältern 0,45 Mark pro Tag.

Die Breslauer Dachdecker befinden sich seit dem 1. Mai im Streik. Es haben sechs Meister bewilligt, acht nicht bewilligt. Am Streik sind etwa 60 Personen beteiligt.

Die Prager Lohndienstleistungen sind in den Ausstand getreten.

Vom Streik in den Chicagoer Fuhrwerksbetrieben berichtet das Wolffsche Telegraphenbureau unterm 2. Mai im gewohnten Politestil: Im Laufe des Tages gaben streikende Kutscher und Freunde derselben auf die arbeitswilligen Kutscher, die sämtlich aus Regern bestehen, wiederholt Schüsse ab und belästigten sie unaufröhlich. Zweimal kam es zu Zusammenstößen. Beim Auditorium griffen etwa 3000 Personen die Regerkutscher an; diese verteidigten sich energisch mit Stöcken, mußten aber, da die Angreifer sich in der Ueberzahl befanden, durch die Polizei aus dieser üblen Lage befreit werden. Die Arbeitgeber im Fuhrgewerbe nahmen den Beschluß zu, die arbeitswilligen Arbeiter mit Gewehren zu versehen. Bei der Besprechung im Bureau des Bürgermeisters wurde hervorgehoben, daß der Anblick von Gewehren in Händen von Regern und Kutschern sicherlich zu blutigen Gewalttaten führen würde, und die Arbeitgeber erklärten sich bereit, in diesem Punkte nachzugeben. Der Bürgermeister übernahm es nun, für einen angemessenen Schutz der Nichtunionisten durch gesetzliche Mittel zu sorgen; sollte die vorhandene Polizei dabei verfehlen, sollen 900 neue Polizeibeamte eingestellt werden. Die Angriffe der aus-

ständig Kutscher gegen die arbeitswilligen schwarzen Kutscher wurden auch am Abend fortgesetzt. Etwa 300 Ausständige drängten die Schwarzen nach den Bureaus der Transportgesellschaften. Die Schwarzen setzten sich zur Wehr und gaben Revolverkugeln ab. Als die Ausständigen von der Waffe Gebrauch machten, schwenkten die Bureaubeamten Flinten und andere Gegenstände gegen die Köpfe derselben. Mehrere Personen erlitten Verletzungen. Nach einer aus derselben Quelle stammenden Meldung sind bei einem Zusammenstoß vier Personen tödlich verletzt worden.

Das Ausbentertum ist sich allenthalben gleich. Aus Stockholm wird offiziell gemeldet: Da es nicht möglich war, eine Verständigung mit den Gewerkschaften der Eisendrecker, Zementarbeiter und Klempner zu erzielen, beschloß die Zentrale des Arbeitgeberverbandes die Aussperrung, beginnend mit dem 4. Mai, zu erklären. Die Aussperrung umfaßt in erster Linie die Mitglieder der genannten Gewerkschaften, wird aber wahrscheinlich auf mehrere andere Gruppen des Baugewerbes ausgedehnt werden. Es handelt sich im wesentlichen bei dem Streit um die Frage des Rechts der Arbeitgeber, Arbeiter anzunehmen und zu entlassen ohne Einmischung der Gewerkschaften.

Der Parteitag der polnisch-sozialdemokratischen Partei Deutschlands fand an den Overtagen im Gewerkschaftshaus zu Kattowitz statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht des Parteivorstandes. 2. Die Einigungsverhandlungen zwischen der polnisch-sozialdemokratischen und der deutschen sozialdemokratischen Partei. 3. Organisation und Agitation. 4. Parteipresse. 5. Wahl des Vorstandes, der Kontroll- und Revisionskommission. Zum Parteitag waren 46 Delegierte aus Berlin, Bremen, Rheinland-Westfalen, der Provinz Posen und aus Oberschlesien erschienen. Zum Vorsitzenden des Parteitages wurde Binizkiewicz-Berlin gewählt. Nach dem Gedruckt vorliegenden Rapporten berichtete, der sich auf die Zeit vom 1. Januar 1903 bis 31. März 1905 erstreckt, hatten Verlag und Druckerei der „Gazeta Robotnicza“ eine Einnahme von 22 533,90 Mk., für die Verarbeiteten wurden ein 1032,21 Mk., verschiedene Einnahmen waren 2249,60 Mk., was zusammen mit am Schluffe des Jahres vorhandenen Kassenbestand von 59 60 Mk. eine Gesamteinnahme von 25 874,77 Mk. ergibt. Die Ausgaben des Verlags und der Druckerei der „Gazeta Robotnicza“ betragen in der gleichen Zeit 22 975,67 Mk., für die Unterhaltung Verarbeiteter 1984,66 Mk., an Verarbeiteten 640,19 Mk., was eine Gesamtausgabe von 25 600,52 Mk. ausmacht, so daß ein Kassenbestand von 274,25 Mk. verbleibt. Bis in die Nachmittagsitzung des zweiten Tages wurde die Einigungsfrage mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beraten. Endlich einigte man sich mit allen gegen eine Stimme auf die Annahme folgender Einigungsbedingungen: „Die polnische sozialdemokratische Partei in Deutschland bildet eine selbständige Organisation der polnischen Sozialdemokraten im Deutschen Reich, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnischen Bevölkerung zu betreiben. Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die polnische Organisation erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, einschließlich dessen Parteitag als oberste Parteianstalt in allen gemeinsamen politischen Angelegenheiten an, wogegen in den Angelegenheiten, welche ausschließlich die polnische Arbeiterbevölkerung betreffen, der Parteitag der P. S. die höchste Instanz bildet. Die Delegation zum Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erfolgt nach den Vorschriften des Organisationsstatuts der Gesamtpartei. Sowie in einem Wahlkreis polnische Parteioptionen bestehen, haben diese das Recht, mindestens einen Delegierten zum Gesamtparteitag zu entsenden. Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorne ist zulässig. Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen sozialistischen Partei. Das dem Parteivorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 15 des Organisationsstatuts — bleibt durch vorstehende Bestimmung unberührt. Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza“ ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reich wohnenden polnischen Genossen. Zur ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Revisionskommission eingesetzt. Ein Mitglied der Revisionskommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt. Die Aufstellung der Reichstagskandidaten wird auf einer Konferenz des Wahl-

Der Schlosser unterdrückte ein verlegenes Lächeln und entgegnete in um Entschuldigend heischender Tone: „Herr Weringer, so heißen Sie ja wohl, denn Sie hatten mir Ihren Namen nicht genannt, aber ich hab' ihn hier erfahren — Sie dürfen mir's nicht übelnehmen, daß ich mein Wort nicht halte. Jeder ist sich eben selber der Nächste, und ich finde durchaus kein Verhängen daran, im Buchhaus in Ketten zu arbeiten, während Sie als vornehmer Herr mit vielem Gelde vierhändig in London oder Paris herumluftschieren. Ich habe mir die Sache anders überlegt — schließlich packt man mir gar noch Ihre Rechnung mit auf — danke für die Mahlszeit.“

„Aber Mann, wie können Sie eine so teuflische Bosheit erfinden?“ brauste der junge Kaufmann auf, worauf er in beschwörendem Tone fortfuhr: „Bedenken Sie doch die Tragweite Ihrer Worte, Mensch — Sie bringen ja einen Unschuldigen aufs Blutgericht! Haben Sie denn gar kein Gewissen?“

Der Einbrecher rief: „Oho, wie spielen Sie sich auf, mein Herr! Aber natürlich, was sollten Sie sonst tun? Wenn Sie die Wahrheit sagen, sind Sie verloren, Sie müssen ja die Komödie des unschuldigen Leidenden unter allen Umständen fortspielen! Zeugen Sie, daß Sie an jenem Mittag halb ein Uhr bei mir im Hause gewesen sind und mit mir unterhandelt haben? Zeugen Sie, daß Sie mir die Wachstabsdrücke lieferten und mich für den Abend nach der Ecke der — Straße bestellten? Zeugen Sie, daß Sie mir zehntausend Mark versprochen, daß Sie überhaupt die im Sekretär befindliche große Summe an sich genommen haben? Haben Sie zu mir gesagt: Herr Koller, Sie sollen ein gemachter Mann sein, wenn alles glückt, oder haben Sie es nicht gesagt?“

„Mein Gott, mein Gott, ich werde verrückt! Das sind ja alles unwürdige Erfindungen,“ schrie Rudolf,

die Hände ringend in wahrer Angst und Verzweiflung. „Erfindungen? Sie stellen wohl in Abrede, überhaupt bei mir gewesen zu sein?“

„Alles, es ist alles nicht wahr!“ Der Schlosser lachte höhnisch auf. „Sie sind mir ein sauberer Patron — aber zum Glück gibt es noch andere Zeugen, die meine Worte bestätigen können. Meine Frau hat Sie ja gesehen.“

„Ihre Frau, Koller,“ unterbrach ihn der Untersuchungsbeamte streng, „kann als glaubwürdige Zeugin nicht gelten; sie bestätigt alles, was Sie ihr eingeben. Sie hat uns auch das Märchen vom Kapitän Morelly bestätigt, das Sie uns aufzubinden für gut fanden.“

„Na, meine Frau ist's auch nicht allein,“ brummte Koller.

„So, wer denn noch?“ fragte rasch der Staatsanwalt.

„Gerade als ich mit dem Moskjo da aus der Stube in den Flur trat, kam unser Hausgenosse, der Handarbeiter Walling, die Treppe herab, der muß ihn sicherlich bemerkt haben.“

„Handarbeiter Walling,“ notierte sich Schubert. „Wir werden ihn hören. Und nun einige Einwendungen, Koller. Wenn Weringer die Hypothekensumme an sich genommen hat, wo soll er sie in der Eile seiner Flucht hingetragen haben? Er mußte sich doch ihrer entledigen; bei ihm wurde sie jedenfalls nicht gefunden. Wo soll das Geld also geblieben sein?“

Der Schlosser judte die Achseln. „Das geht über meine Wissenschaft, Herr Staatsanwalt. Ich habe ja den Herrn auf seiner Flucht nicht begleitet. Er wird die Frage selber wohl am besten beantworten können.“

„Und dann — weshalb ermordete er die alte Dame, da er doch wohl auch so zum Ziele kommen konnte?“

„Weshalb? Vielleicht fürchtete er, sie möchte ihn erkennen!“ remonstrierte der Ankläger. — „Außerdem hatte er ja auch im Falle ihres Todes eine große Erbschaft zu erwarten.“

„Aber davon wußte er nichts.“

„Wer weiß,“ warf der Einbrecher mit hämischer Grimmen hin.

Der Staatsanwalt fing die Bemerkung an. Sie entfaltete augenblicklich in seinem Geiste eine Folgerung, an die er bisher noch nicht gedacht. War es denn nicht recht wohl möglich, daß Fräulein Hubalt oder richtiger Frau Weringer ihren Sohn doch noch — und zwar nach Abfassung des Testaments — über ihr wahres Verhältnis zu ihm, unfähig, ihre Muttergefühle länger zurückzuhalten, unterrichtet und ihm von der Niederlegung des Testaments zu seinen Gunsten Kenntnis gegeben hatte? Zwar trat der grauenvolle Mord dadurch in noch viel gräßlichere Beleuchtung — aber — was geschieht nicht alles in der Welt um schroben Krammons willen? Seine juristische Erfahrung widersprach der Annahme durchaus nicht, im Gegenteil! Nachdem Schubert zu dieser Reflexion gelangt war, erzählte ihm die Erzählung des Schlossers nicht mehr so unerhört wie vorher. Mit strenger Miene wandte er sich daher an den so furchtbar Beschuldigten:

„Sie bezeichnen also die Aussage dieses Mannes als absolut unwahr?“

„Sie ist erlogen vom ersten bis zum letzten Buchstaben!“ beteuerte Rudolf.

„Wie soll er aber die Kenntnis des Details erlangt haben, die in seiner Geschichte vorkommen, und von denen er, wenn sich die Sache verhält, wie Sie behaupten, g keine Ahnung haben kann?“

„Ich weiß es nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Kreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird. In vorwiegend polnischen Wahlkreisen müssen die Kandidaten beide Sprachen beherrschen. Verhältnismäßig sind die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Organisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen. Zu diesem Punkt wurde weiter folgende Resolution beschlossen: „Unter Berücksichtigung der Resolution des Internationalen Kongresses in Amsterdam und des Wunsches der gesamten polnisch-sozialdemokratischen Partei unsere Organisations- und Agitationsarbeit möge die allergrößten Vorteile für die polnische Arbeiterschaft in Deutschland bringen, spricht der Parteitag die Überzeugung aus, daß die polnisch-sozialistische Partei mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Hand in Hand gehen muß, zum Zweck der gemeinsamen Unterstützung beider Organisationen, sowohl der polnischen als der deutschen Proletariats. Der Parteitag erkennt kein nationales Privileg an und stützt sich in dieser Beziehung auf die durch die Gesamtheit der internationalen Sozialdemokratie anerkannten Grundsätze, indem er für die polnischen Sozialdemokraten dasselbe Selbstbestimmungsrecht für ihr Volk fordert, wie es den anderen Völkern zuerkannt wird.“

Zu dem Verhalten des bisherigen Vorstandes und den gegen dasselbe unternommenen Maßnahmen der Redaktion und Pressekommision wurde vom Parteitag mit großer Mehrheit folgender Beschluß gefaßt: „In Erwägung, daß die guten und anerkanntesten Bestrebungen des bisherigen Vorstandes, die Missverständnisse zwischen den polnischen und deutschen Genossen zu beseitigen, in ihrem letzten Stadium in tatsächlicher Beziehung schädlich in grundsätzlicher Beziehung unzulässig waren und mit dem Organisationsstatut in Widerspruch standen, erkennt der Parteitag alle Vorberlegungsschritte an, welche von der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“, der Presse- und Kontrollkommission getan worden sind. Der Parteitag erkennt ferner an, daß diese Mittel außerordentlicher Art waren, daß sie einen Vorstoß gegen den Parteivorstand glichen, zieht aber in Erwägung, daß der Vorstand selbst durch die Vorgehensweise Unterwürigkeit unter dem Organisationsstatut die ganze Organisation mit einem Feberstich aufhob, ohne einen Vertrauensmann oder die Genossen, welche Parteiamter bekleideten, zu fragen und dadurch die Grenzen der ihm zustehenden Befugnisse überschritten hat. Der Parteitag zieht weiter in Erwägung, daß der Vorstand diese Schritte kurz vor dem schon einberufenen Parteitag getan hat, der als höchste Parteiverammlung das ausschließliche Recht hat, in einer so wichtigen Sache die Entscheidung zu fällen. Angestrichen also dieser durch das Organisationsstatut nicht vorgesehenen Handlung des Vorstandes kann man nicht verlangen, daß die Vorberlegungsschritte legal und organisationsmäßig normiert sein sollten. Aus vorstehenden Gründen erkennt der Parteitag alle Schritte zur Sistierung der Aktion des Vorstandes durch Redaktion, Presse- und Kontrollkommission als unter den gegebenen Bedingungen notwendig und konsequent an.“ Zum dritten Punkt: „Organisation und Agitation“ referierten Genosse Morawski und Genossin Dr. Wolke. Von den Beschlüssen zu diesem Punkte seien hier folgende erwähnt: Eine von der Referentin vorgeschlagene Resolution empfiehlt den Genossen, überall politische Organisationen zu bilden, nach Möglichkeit auch dort, wo keine Solale zur Verfügung stehen. Desgleichen wird eine ständige Agitation unter den Proletarierfrauen empfohlen. Grundsätzlich soll nur als Genosse angesehen werden, der regelmäßig Beiträge bezahlt. Auf Antrag Berlin wird beschlossen, regelmäßige Beiträge von mindestens 5 Pfg. pro Woche zu erheben. Der Antrag, mindestens ein Drittel der Monatsbeiträge an die Hauptkasse abzuführen, wird abgelehnt und dafür beschlossen, daß nach Möglichkeit Beiträge an diese Kasse abgeführt werden sollen. Zum Punkt Presse werden die Anträge auf tägliche, wie dreimal wöchentliche Herausgabe der „Gazeta Robotnicza“ abgelehnt mit der Motivierung, daß die Erfüllung solcher Anregungen wünschenswert und notwendig, der fehlenden Mittel wegen aber nicht auszuführen wäre, weshalb dem Vorstande die Ausführung zu gelegener Zeit anheimgestellt bleiben müsse. Angenommen wurde ein Antrag, der zwecks Gründung einer Genossenschaft die Ausgabe von Anteilscheinen in Höhe von mindestens 10 Mk. vorsieht, um auf diese Weise eine Summe von 20 000 Mk. zu erzielen und damit die tägliche Herausgabe der „Gazeta Robotnicza“ zu ermöglichen. Beschlossen wird ferner die Herausgabe eines Arbeiterkalenders für 1906, ebenso die Herausgabe billiger Agitationsbroschüren als Abdruck von Artikeln aus der „Gazeta Robotnicza“. Auch der Bericht des Vorstandes soll als Broschüre herausgegeben werden. Per Ullkamation und unter starkem Beifall wird folgende Sympathie-Erklärung beschlossen: „Angeichts des immer wachsenden Revolutionssturmes im russischen Reich übermitteln der achte Parteitag der polnisch-sozialdemokratischen Partei des Deutschen Reiches den kämpfenden Sozialisten aller vom Jarat bedrückten Völker und in erster Linie unseren Brüdern von der polnisch-sozialdemokratischen Partei Russisch-Polens, welche den Heldenkampf um die Freiheit führen, den Ausdruck gläubiger Bewunderung und Verehrung. Der Parteitag spricht die sichere Überzeugung aus, daß der dem gesamten Proletariat verhasste zaristische Absolutismus dem Ansturm der Volksrevolution erliegen wird.“ Der Sitz des Parteivorstandes wird von Berlin nach Padowitz verlegt. In den Parteivorstand werden alsdann gewählt: Adamel, Golbe, Haase, Jdzinski, Morawski. Auch die Pressekommision wird ihren Sitz in Padowitz haben. In dieselbe werden gewählt die Genossen Danisch und Trabalzi und Genossin Droszd. In die Kontrollkommission werden drei Berliner, die Genossen Winizkiewicz, Eitel und Rybnitzki, drei Oberklesler: Ludwig Padowitz, Sosna-Ryanil und Kunze Fabrice, und als siebenter Ruminski-Posen gewählt.

Die Maidemonstrationen im Auslande. Den Meldungen über die Matfester im Auslande fügen wir heute noch folgende hinzu: Die Mai-Demonstration der Londoner Arbeiter fand im Hyde Park statt. Ueber 8000 Arbeiter nahmen daran teil und erklärten sich für den Achtundentag und die Demokratisierung der Verfassung. — Der Festzug der Sozialdemokratie Kopenhagens umfaßte mehr als 80 Vereine und brachte, um eine bestimmte Stelle zu passieren, 1 Stunde und 10 Minuten. Viele Gebäude waren geschmückt. Im Königsgarten beim Rosenbergschloß wurde von zwei Rednerpulten geredet. Es redeten

Hansen vom Schmiebeverband und Redakteur Stauring über den Achtundentag und die Abgg. Marott und Borgberg über den Sozialismus. — Aus Italien ist ohne Zwischenfall verlaufen. Die Arbeitstage war eine allgemaine, auch in den Staatsverhältnissen, speziell den Eisenbahnerkreisen. Der Straßenbahnverkehr ruhte. In den Gemeinden mit sozialistischer Gemeindevertretung waren die Schulen geschlossen. Ein gewaltiger Umzug wurde in Turin veranstaltet; in den anderen großen Städten waren die Festzüge verboten worden. Ueberall wurde ein nie gesehenes Militäraufgebot bereit gehalten. Die Festnummer des „Avanti“, die in vergrößertem Format erschien, wurde in einer Auflage von 80 000 abgesetzt.

Aus Nah und Fern.

Einige aus unserer „humanen“ Gesellschaftsordnung. Als Verflohrer und Geächteter hat der Holzbildhauer Karl Schwebel den Lufenthalt hinter Gittern der goldenen Freiheit vorgezogen. Wegen schweren Diebstahls war er vor dem siebenten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin angeklagt. Im Jahre 1899 wurde der Angeklagte wegen eines Einbruchdiebstahls zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die schwere Bestrafung schien besser auf den Angeklagten eingewirkt zu haben, denn er ging zu seinen Eltern zurück und versprach diesen, sich von nun an durch ehrliche Arbeit recht und schlecht durchs Leben zu schlagen. Dies gelang ihm aber infolge seiner Verwahrloshung nicht so leicht. Ueberall, wo er um Arbeit anlopfte, wurde er gefragt, weshalb er für die letzten fünf Jahre keinerlei Bussgeld oder Verurteilung aufzuweisen habe. Sagte er die Wahrheit, so wollte natürlich kein Mensch mit ihm etwas zu tun haben. Da es dem Angeklagten auf keine Weise gelang, Arbeit zu finden, glaubte sein Vater schließlich, er habe überhaupt garnicht die Absicht, zu arbeiten und wies ihm die Tür. Schwere ging zu den nächsten Polizeikommissar und bat, ihn zu verhaften, da er im Jahre 1899 noch einen Einbruchdiebstahl bei einem Kaufmann Anheim in der Brunnenstraße begangen habe. Die von der Polizeibehörde eingereichten Erklärungen ergaben, daß der Angeklagte tatsächlich bei dem Kaufmann Anheim einen Einbruchdiebstahl verübt worden war. Der Angeklagte erklärte, er habe keinen Gefallen mehr an der Welt „besucht“, er werde überall herumgestoßen. Um nicht zu verhungern, werde er möglicherweise wieder vom Wege des Rechts abweichen. In dieser Zwangslage habe er das Gefängnis der Freiheit vor. Der Staatsanwalt beantragte wiederum eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren. Der Angeklagte hat, ihn nicht wieder ins Zuchthaus zu schicken. Der Gerichtshof folgte diesem Wunsch und erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. — Ein Mensch also, der gestraucht ist und gern wieder den rechten Weg beschreiten will, wird zurückgestoßen und muß schließlich seine Zuflucht hinter Kerkermauern suchen. In ja, unsere Weltordnung ist eine „aböllische“, eine „humane“!

Ein eigenartiges Strafverfahren. Ein etwas kühnes Straßhündchen in Hannover Soldaten des 74. Infanterie-Regiments gegenüber Kindern in Anwendung bringen, die unbefugter Weise an den auf dem Exercierplatz vor der Kaserne stehenden Turngeräten herumklettern. Die zur Bewachung der Geräte kommandierten Soldaten schleppten, so wird erzählt, die auf freier Lat ertrappen Knaben in die Kaserne und zwingen sie dort in einer Menschengestalt, ein halbes Duzend der schlauesten Mannschafstiefel zu pugen.

Ein Schenkel als Unteroffizier. Wie berechtigt unsere Forderung ist, wegen Mißhandlung von Soldaten einmal bestrafte Vorgesetzte aus dem Heere zu entfernen, das beweist wieder folgender Fall: Der 24 Jahre alte Maurer Wilhelm Krenzman war schon früh ein Taugenichts und man brachte ihn „zur Besserung“ in die Unteroffizierschule. Später als Unteroffizier beim 20. Infanterie-Regiment in Reempten (Allgäu) eingeteilt, schloß dem Herrn Unteroffizier der Name. Im Mai 1901 erhielt er wegen Soldatenmißhandlung zwei Monate Gefängnis und wurde degradiert. Im Herbst 1904 wiederum zum Unteroffizier befördert (!), begann er sogleich sein altes Treiben. Der Rekrut Haber wurde 50 Tage lang täglich geschlagen, gestochen, mit dem Seitengewehr mißhandelt, andere geohrfeigt und der blauen Klinge „gestraft“. Ein Rekrut mußte lange Zeit bei 10 Zentimeter Entfernung am glühenden Feuer stehen, bis er schwindlig wurde. Einen anderen würgte er am Hals; als dieser röchelte und sagte, daß er nicht mehr schnaufen könnte, drückte der Soldatenführer den Hals des Mannes stärker zu und schrie: „Wart, ich will Dir schon schnaufen lehren.“ Wenn die Rekruten am Tage gehörig gedrückt worden waren und den Herrn Unteroffizier die Langelwelle plagte, ließ er die Mannschefst antreten, dann — marsch, marsch — unter die Weistellen, heraus, hinunter usw., bis das Schauspiel für ihn den Reiz verloren hatte. Ein andermal ließ er die Soldaten vom Bett aufstehen, anziehen, antreten, anzulehen, ins Bett steigen, wieder hinaus und so — marsch, marsch — immer fort, dabei faufte ein spanisches Roß fortwährend auf die Schenkel der armen Soldaten nieder. Er vergaß aber nie, zu bemerken, daß sich keiner unterstellen solle, etwas zu melden, es ginge dem Betreffenden am anderen Tage schlecht, ihm komme es auf ein paar Tage nicht an (denn das war ihm schon hundertmal passiert). Eines Abends, als das Schauspiel und die Rekruten im Bette lagen und der Unteroffizier vorgebens nach einem Manne rief, der ihm die Pfeife anzünden sollte, ließ er sämtliche Rekruten aufstehen, antreten und einen nach dem anderen seine Pfeife anzünden. So trieb er noch viele der unerhörtesten Schindereien. Bei der Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 2. Division in Augsburg erklärte der Angeklagte, er habe die Soldaten nie geschlagen, sondern sie „nur gerichtet“, auch habe er den Haber nur deshalb so lange am glühenden Feuer stehen lassen, weil dieser „so frech“ erklärt habe, er könne es nicht mehr aushalten. Ferner habe er den einen Mann nicht eine Viertelstunde, sondern „nur“ 10 Minuten am Hals gewürgt und gleichfalls nur des Spases halber. Schließlich habe er die Leute vor dem Bett aufstehen, anzulehen, antreten lassen, weil es beim ersten Mal nicht schnell genug gegangen sei, er habe deshalb eine längere „Übung“ für notwendig befunden. Das Urteil für diese bodenlosen

Gemeinheiten lautete auf 11 Monate Gefängnis und Degradation.

Süddeutscher Individualismus. Nach 7jähriger Dienzeit wurde in Stuttgart ein Bremser mit der Begründung, er sei zum Eisenbahndienst nicht geeignet, entlassen. Nach 7 Jahren will die Generaldirektion dahinter gekommen sein. Der Mann hat all die Jahre gut getan, hat auch seine Prüfungen mit bestem Erfolge bestanden, sich als unkaputtbar lange Zeit mit einem Tagelohn von sage und schreibe 2,10 Mk. durchgearbeitet, immer in der Hoffnung, dereinst eine feste Stellung zu erhalten; nach sieben langen Jahren sieht sich der Mann auf die Straße gesetzt, denn er ist „ungerichtet“ zum Eisenbahndienst. Der Entlassene macht sich gar sonderbare Gedanken über diese plötzlich entdeckte mangelnde Qualifikation. Er hat nämlich gelegentlich der St. W. a. H. zwischen unserem Genossen Sperla und dem Bauernblinder Reichert gekauert: Der Eisenbahner, der seine fünf Sinne zusammen habe, könne keine Bauernblinder wählen. Eine schmutzige Seele unter den Kollegen hatte nichts Zeitgerechtes zu tun, als diese Klage über den wieder anzubringen. Eine Auseinandersetzung mit Kollegen, bei der einige drohliche Bedrohungen gebraucht wurden, gab Veranlassung, bei der Generaldirektion über den Mißfall zu berichten. Die Entlassung war die Folge. Alle Bemühungen des Entlassenen, seine Brotlosmachung rückgängig zu machen, waren erfolglos. Die Bitte, ihm Einflüsse in seine Personalkarte zu gewähren, damit er sich eventuell gegen falsche Anschuldigungen verteidigen könne, wurde von der Generaldirektion unter dem 4. Februar d. J. abgewiesen.

Verbrechen eines Greises. Mit einem schrecklichen Verbrechen werden sich demnächst die Gerichte in Algier zu befassen haben. Ein 75jähriger Franzose namens Urbane wurde in dem Augenblicke von seinem Schwelgergehrn erlappt, als er im Begriffe war, sich an seiner zehn Jahre alten Enkelin zu vergreifen und sie zu mißbrauchen. Der alte Wüstling, der sich überaus lustig sah, ließ seinen Schwelgergehrn nieder und erzwang darauf in seiner Wut das tödliche Mädchen. Es ist ihm er zur Verurteilung und stellte sich selbst der Folter.

Freizeiter. Diese Jungen. Schauspieler: Sie sind ein paar Acht, Der Postfloss, wie groß bei uns an Thälens bei Mühlerei ist. Kaum haben zwei ein Kind, heißt es gleich, sie seien verlobt!

Bänblich. „Sie, Fräulein, das Bier ist ja ganz köstlich!“ „Damenkollektion, heut ist schon der Dritte, der böß fast. Nehmt nicht mehr auf, es enthält. Stadtsaad ausgekramt, daß das von nicht hier, daß das nur a dreißig ist!“

Literarisches.

Die Schiller-Nummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen. Der umfangreiche Schiller als Dichter und Philosophen schreibende Artikel ist aus der Feder des Stuttgarter Literaturhistorikers Professor Max Diez. In schmerzlichen Worten wird das Gedicht „Friedrich Schiller“ des Andenken des großen Dichters. Aus dem reichen Bildschmuck der Nummer erwählen wir zunächst die beiden farbigen Bilder, von denen das vordere die Guldigung einer A. beherrschend: am Thobaldenschen Schiller-Denkmal, das hintere die Geburtsstadt Schillers, Marbach a. N., darstellt. Neben weiteren Bildern von Schiller und seiner Frau bietet sich uns eine Abbildung des Geburtshauses, des Schillerhauses in Marbach, zweier Silhouetten, Schiller als Kantischüler und Schiller in Weimar darstellend, ferner Schiller auf dem Toterbette, Schiller die „Mäuber“ vorlesend, Schiller auf einem Esel reitend, Schiller als Krieger usw. Auch eine zeitgenössische Karikatur auf Schiller und Goethe ist wiedergegeben und an der Hand der Antiken erläutert. Einige satirische Beiträge in Prose und Prosa gliedern sodann noch besonders bemerkenswerte Begleiterschreibungen der diesjährigen Schillerverehrungen. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Von der „Weltzeitung“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist uns freben Nr. 9 des 15. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Roter Mat. — Der Weltfeiertag der Arbeit und unsere Hausfrauen. Von Julie Zieg. — Schiller und die Frauen. Von Franz Wehring. — Die Proletarierin als Kämpferin gegen den Militarismus. Von Dittke Vaader. — Der Wert der Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen. Von Paula Zieg. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Politikal: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Frauenrecht. — Ausstellung von Erzeugnissen der Frauenarbeit in Genf. — Feuilleton: Die Weibe. Eine Szene von Otto Reille. — Ein Festlied. Von Georg Wehring. (Gedicht). — Mutterschaft. Von Uda Regal. (Gedicht). Frauen-Beilage: Die Größe der Welt. Von Friedrich Schiller. (Gedicht). — Unsere Gesundheit: 4. Ueber Bewegung. Von Dr. Adams. Lehmann. — Die Worte des Glaubens. Von Friedrich Schiller. (Gedicht). — Ich belenne. Von W. B. — Die Teilung der Erde. Von Friedrich Schiller. (Gedicht). — Die Mutter als Erzieherin. Von h. sch. — Hygiene. — Für die Hausfrau. — Breite und Tiefe. Von Friedrich Schiller. (Gedicht). — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2 60 Mk.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 30. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schiller und die Gegenwart. — Die Rebellen in Schillers Dramen. Von R. Kautsky. — Schiller und die großen Sozialisten. Von Franz Wehring. — „Gretl die Frauen!“ Das Scheitern des Bohnstundengesetzes für Arbeiterinnen. Von Emanuel Burm. — Literarische Rundschau: Franz Wehring, Schiller, ein Lebensbild für deutsche Arbeiter. Von Rosa Bormburg. Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung in Deutschland seit dem Anfang des neunzehnten Jahrhunderts. Von G. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Postporturen zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Dasselbe ist in der Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. erhältlich.

Als besonders billig
und in großer Auswahl
empfehle zum

Dienstboten- wechsel

Große Partien in
Leibwäsche

Damen-Hemden
Stück 55 Pf. bis 2,65 Mk.

Damen-Hosen
Stück 75 Pf. bis 2,35 Mk.

Piqué-Nachtjacken
Stück 80 Pf. bis 3 Mk.

Gr. Achselschürzen
70, 85, 1,00, 1,20 bis 2,50 Mk.

Tee-Schürzen
Stück 15, 25, 40, 65 bis 1,75 Mk.

Prima
Blaudruck-Schürzen
75, 90 Pf. bis 1,30 Mk.

1 Partie Korsetts
jezt Stück 1,40 — 1,75
sonst 1,85—2,25 2,00—2,75

Kleiderstoffe

in allen Qualitäten,
reine Wolle,
Mtr. von 60, 75, 90 Pf.
1,00 bis 3,50 Mk.

Kleiderstoffe

in Kattun und Baumwolle,
Mtr. 30, 35, 40, 50 bis 95 Pf.

Herren-Anzüge

und
Arbeiter-Bekleidung
für jeden Beruf,
sehr billig.

Damen - Jacketts

Eine Partie
unter Preis.

Bettfedern u. Daunen

und
federdicke Inletts

bietet besondere Vorteile
und ist bei Gichtästen nur zu em-
pfehlen.

Federdicke Inletts

Mtr. 40 Pf. bis 3 Mk.

Doppelt gereinigte und entstaubte

Bettfedern

Pfund 35 Pf. bis 4,00 Mk.

Daunen u. ¹/₂ Daunen

Pfund 1,20 bis 6 Mk.
in neuer tadelloser Ware.

Gebe grüne Rabattmarken.

Nehme Bücher
für Mk. 5 und 10 in Zahlung.

Harry Dahm

Lübeck

Königstr. 89, Ecke Wahrenstr.

Schwarzen Markt 14.

Sonntag sind meine Geschäftsräume
bis 6 Uhr abends geöffnet.

Gratis-Marken-Tag.

Am Sonnabend, den 6. Mai

verabfolge an jeden Käufer beim Einkauf von Waren von 1 Mk. an — ausgenommen Bäder
— ausnahmsweise anstatt 5 Rabattmarken

10 Rabattmarken gratis

oder **doppelte Bons** auf neue Gratisbeigaben.

Empfehle als besonders kräftig und wohlschmeckend meine so sehr beliebten hochfeinen

Spezialmarken:

ff. Guatemala-Melangen per Pfd. 1.00 u. 1.20 Mk.
Hochf. Karlsbader Mischungen „ 1.40 u. 1.60 Mk.

Kaffee-Gross-Rösterei

C. R e t e l s d o r f

Lübeck, Holstenstraße 10.

W. Strohfeldt's Schweinefleischerei

Glockengießerstraße 73 und Markthalle 13, 14, 15

verkauft trotz der hohen Preise für Schweine noch zu folgenden

niedrigen Preisen:

Schweinefleisch . . . pro Pfund	65 Pf.	Bestes Schmalz . . . pro Pfund	80 Pf.
Karbonade	70 -	Gekochte Mettwurst	60 -
Frische Flohmen	65 -	Leberwurst	60 -
Kalbsteck	40 -	Braunschweiger	50 -
Rindfleisch	50 -	Sülze	50 -

Prima Kopf und Bein pro Pfund 20 Pf.

2500 Pfund Ia. Schweizer-Käse

Pfund 40 und 60 Pf.

Eduard Speck, Huzstraße 80.

Gute Esskartoffeln

Faß 40 Pfg.
empfehle bestens

H. Strassmann
Rosengarten 4.

Schuhwaren

in großer Auswahl
zu billigsten Preisen.

Herren-Schnürschuhe	Mk. 3.50
Herren-Zugstiefel	Mk. 4.50
Herren-Schnallenstiefel	Mk. 6.50
Damen-Spangenschuhe	
schwarz und braun	Mk. 2.50
Damen-Lat. Spang. Schuhe	3.50
Damen-Schnürstiefel	
schwarz und rot	Mk. 4.50
Dam. Bogelst. Schnürst. Mk.	6.50
Kinder-Segelst. Schuhe	Mk. 1.00 an

Louis Levy

obere Marlesgrube 2—4
Ecke Klingenberg.

Feine Meiereibutter

per Pfund 1.15 Mk.

Br. fetten u. mageren Landspeck
wieder vorrätig
empfehle

Fedder J. Behm
Lützowstraße 13.



Habe ganz
ausnahms-
weise selten
schönes fettes

1 Jahr altes Füllen

geschlachtet, wovon wir

ff. Bratenstücke, feines Beesteeak
und schönes Suppenfleisch
bestens empfehlen.

Ernst Wulff Frau S. Becker

Dankwardgr. 34. Fischergarbe 23.
Fernsprecher 958

Achtung!

38 Marlesgrube 38.

Zum Dienstbotenwechsel

sollen große Posten Herren-Anzüge,
Ersatz für Kabinett, schon von Mark 9.— an
einzelne Sonntags- u. Arbeitshosen Mk. 1.85
Barchend-Hemden Mk. 0.85
große Posten Herren-Stiefel und Schuhe,
vom besten und stärksten Mk. 3.25
verkauft werden.
sowie große Anzw. in Holzstoffern schon Mk. 2.40
38 Marlesgrube 38.

Zahn-Atelier

G. Boysen, Schwartzauer Allee 71a.

Nähmaschinen
System Singer,
Größte Auswahl unter
5 jähriger Garantie.
Zweit-Nähmaschinen
Mk. 45.—
Sand-Nähmaschinen
Mk. 32.—
Günstige Zahlungsbedingungen.
Nähmasch. Repar. Werkstatt.
H. A. Hill, Johannisstraße 9.

Meine Margarine

durch Frische und besonderen
W o h l g e s c h m a c k
sich vorteilhaft auszeichnend, ist das beste Fabrikat,
welches zu nachstehenden Preisen geliefert werden
kann.

1 Pfd. 50, 55, 60, 65, 70 Pf.
2 Pfd. 95, 105, 115, 125, 135 „
3 Pct. in Raffabund

Am Freitag und Sonnabend werden Gratis-
Proben von Mohra verabreicht.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Futter- und Pflanzkartoffeln

billig zu verkaufen
F. Barkley, Marienthal.

M. Lahrtz,

Böttcherstraße 16, Rosenstraße 10.
Fernsprecher 348.
ff. verschiedenen Anfschnitt
Pfund von Mk. 1.— an.
Prima Kalbfleisch Pfd. von 40 Pf. an.
Prima geräucherter Mettwurst Pfd. 80 Pf.
Prima weißes Schmalz Pfd. 60 Pf.
Gekochte Mett- und Leberwurst Pfd. 70 Pf.
Preß- und Braunschweiger Wurst Pfd. 60 Pf.
Prima Rühentier, gekocht u. geräuch. Pfd. 50 Pf.
Frisches Kopffleisch Pfd. 30 Pf.
Grüdwurst und Brotwurst, Std. 10 Pf.
Schwarzjauer 10 Pf.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an
heiße Knackwurst.

113 Königstr. 113

Fortsetzung des

Riesen-Außerverkauf

der aus der D. Livonag'schen
Konfektionshaus „Nertur“ Hamburg

Konkursmasse

herkommenden Waren, sowie enormer Posten

hochleganter

Herren- u. Knab.-Garderoben etc.

zu Schlender-Preisen

bis zu einem Drittel des Wertes.

Der weiteste Weg ist lohnend!

Man beachte die Aussehen erregend bill.
Preise in den 5 Riesen-Schaufenstern.

113 Königstr. 113

Ecke Aegidienstrasse.



Unter Preis

durch Zufall eine Partie

Korsetts

gänzlich druckfrei.

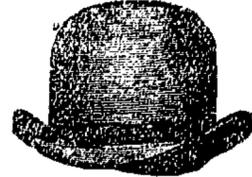
Für unzerbrechliche Einlagen wird

garantiert

Per Stück jetzt 2.30 Mk.

Th. Jepsen, Korsettfabrik 7,
Waffenstraße 7.

Bitte genau auf die Hausnummer
zu achten



Die neuen elegant.

Stroh- Hüte

sind wieder da.

Empfehle in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Sut-Bazar

H. Stoppelman

Königstraße 73,

Eingang Hügstraße.

Zylinderhüte in großer Auswahl.

W. Rahfoth

in Firma J. Schlichting

Untertrave 113.

Weine und Spirituosen.

Grosshandel. — Kleinhandel.

Tokayer,

Samos,

Malaga,

Portwein,

Rot- und Weisswein,

Liköre etc.

von den billigsten bis zu den feinsten
Qualitäten.

Arbeiter-Radsfahr.-Verein Lübeck.

Gegründet 1894.

Tour nach Schlutup

am Sonntag den 7. Mai.

Abfahrt 6 Uhr morgens vom Vereinshaus.

NB. Das Saalfahren findet von jetzt an jeden
Montagabend 8 1/2 Uhr im Vereinshaus statt.

Der Vorstand.



Turn-Verein

Stockelsdorf

u. Umgegend.

Einladung zum

= BALL =

mit turnerischen Aufführungen
am Sonntag den 7. Mai

bei Herrn Paetan in Fackenburg

Anfang 6 Uhr. Preis 50 Pf.

Die umliegenden Vereine sind freimdl. eingeladen.

Der Vorstand.